

Presseexemplar

ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA
für Deutschland 2005



Presseexemplar

ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN

**Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA
für Deutschland 2005**

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt – Pressestelle, Wiesbaden

Der Bericht „Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005“ wurde in der Gruppe I B „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ von Ulrike Timm, Thomas Körner und Iris Meyer (Kapitel 5) verfasst.



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte direkt an:

Gruppe I B „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“
Telefon: +49 (0) 6 11 / 75 - 46 08
Telefax: +49 (0) 6 11 / 75 - 39 50
E-Mail: ulrike.timm@destatis.de

oder an die Pressestelle:

Telefon: +49 (0) 6 11 / 75 - 34 44
Telefax: +49 (0) 6 11 / 75 - 39 75
E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Publikation sind die anlässlich des Pressegesprächs des Statistischen Bundesamtes am 5. Dezember 2006 in Berlin veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download des Berichtes im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ oder unter <http://www.destatis.de/lebenineuropa> abrufbar.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 611 / 75 - 34 44
- Telefax: +49 (0) 611 / 75 - 39 76
- E-Mail: presse@destatis.de

Bestellnummer: 0010008-05900-1

© Fotoquellen Titelseite: 1.) Image 100: Child's Play/FontShop (links)
2.) irisblende.de/t_0885 (rechts)

Gedruckt auf Recycling-Papier

Erschienen im Dezember 2006

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

1. Kurzfassung	5
2. LEBEN IN EUROPA – Die neue Datenquelle über Einkommen und Lebensbedingungen	7
3. Einkommensverteilung in Deutschland	9
3.1 Wie hoch ist das Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht? ..	9
3.2 Was ist das Äquivalenzeinkommen, und wie ist es verteilt?	10
4. Armut in Deutschland	17
4.1 Wann gilt jemand als „arm“?	17
4.2 Wer ist in Deutschland armutsgefährdet?	19
4.2.1 Armutsgefährdung in Ost und West	19
4.2.2 Wer allein lebt hat es schwerer – Armutsgefährdung nach Haushaltstypen	20
4.2.3 Ohne Job sieht es düster aus – Armutsgefährdung und Erwerbsbeteiligung	22
4.2.4 Ein Abschluss macht den Unterschied – Armutsgefährdung und Bildung	23
4.2.5 Hilfe vom Staat: Wie wirksam sind Sozialleistungen gegen Armutsgefährdung?	24
4.2.6 Einmal arm, immer arm? Vererbung von Armut über mehrere Generationen	26
4.2.7 Armutsgefährdung im internationalen Vergleich	27
4.3 Wie leben Menschen, die von Armut betroffen sind?	28
4.3.1 Wohnung und Wohnumfeld	29
4.3.2 Privater Konsum: Was kann man sich leisten?	30
4.3.3 Gesundheitszustand	31
4.3.4 Gesundheitsversorgung	33
4.3.5 Finanzielle Probleme	34
4.3.6 Erzwungener Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter	35
5. Methodische Grundlagen	37
5.1 Stichprobe	37
5.2 Erhebungsdesign	38
5.3 Datenaufbereitung	39
5.4 Bezüge zu anderen Erhebungen (Kohärenz)	39
5.5 Weiterführende Informationen	40
Anhang A	
Tabelle: Aus LEBEN IN EUROPA 2005 berechnete Laeken-Indikatoren für die soziale Eingliederung	43
Anhang B	
Was beschreibt LEBEN IN EUROPA?	45
Anhang C	
Glossar	49

Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005

1. Kurzfassung

Mit der Haushaltsbefragung LEBEN IN EUROPA bietet die amtliche Statistik ab 2006 künftig jährlich international vergleichbare Informationen über Armut und Lebensbedingungen in Deutschland. Hauptzweck der neuen Statistik ist die Bereitstellung von Indikatoren, die die Armutsbekämpfung auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten unterstützen sollen. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2004 und lassen daher noch keine Aussagen über mögliche Auswirkungen des Arbeitslosigkeitens II zu.

Der wichtigste mit LEBEN IN EUROPA ermittelte Indikator ist die Armutsgefährdungsquote. Das ist nach EU-Definition der Anteil der Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen müssen. Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland betrug im Jahr 2004 rund 13%. Damit waren 10,6 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren.

**10,6 Millionen Menschen
waren 2004 in Deutschland
armutsgefährdet**

- Eine allein lebende Person ist demnach in Deutschland von Armut bedroht, wenn sie weniger als 856 Euro im Monat zur Verfügung hat. Eine Familie mit zwei Kindern ist unterhalb eines verfügbaren monatlichen Einkommens von 1 798 Euro von Armut bedroht, eine Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 1 370 Euro.
- Bei der Armutsgefährdung gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während 17% der Bevölkerung in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) armutsgefährdet sind, sind es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 12%. Besonders ausgeprägt ist der Ost-West-Unterschied bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen. 20% der bis 24-Jährigen sind im Osten von Armut bedroht (West: 12%). Dagegen sind die über 65-Jährigen im Osten mit 11% deutlich unterdurchschnittlich armutsgefährdet (West: 16%).
- Armutsrisiken sind vor allem Arbeitslosigkeit, fehlende Bildungsabschlüsse sowie das Leben in einem Haushalt ohne weitere Erwachsene (Alleinerziehende, Einpersonenhaushalte). Über 40% der Arbeitslosen und jeweils knapp ein Drittel der Alleinerziehenden sowie der Personen ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung sind armutsgefährdet.
- Menschen mit Armutsgefährdung müssen im Alltag auf viele grundlegende Dinge verzichten. Sie leben häufiger in Wohnungen mit baulichen Mängeln und Lärmbelästigung. Über die Hälfte der Armutsgefährdeten kann es sich nicht leisten, eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen oder unerwartete Ausgaben zu bewältigen (zum Beispiel eine defekte Waschmaschine zu ersetzen).
- Armut behindert auch den Zugang zur Gesundheitsversorgung: Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen halten mehr als ein Fünftel der Armutsgefährdeten (und immerhin 7% der nicht Armutsgefährdeten) davon ab, sich einer notwendigen ärztlichen oder zahnärztlichen Behandlung zu unterziehen. Zugleich schätzen Armutsgefährdete ihren eigenen Gesundheitszustand wesentlich schlechter ein und geben häufiger an, chronisch krank zu sein.
- Ohne soziale Transferleistungen wäre ein Viertel (24%) der Bevölkerung armutsgefährdet.

**Armutsrisiken sind vor
allem fehlende Bildung
und Arbeitslosigkeit**

Schaubild 1

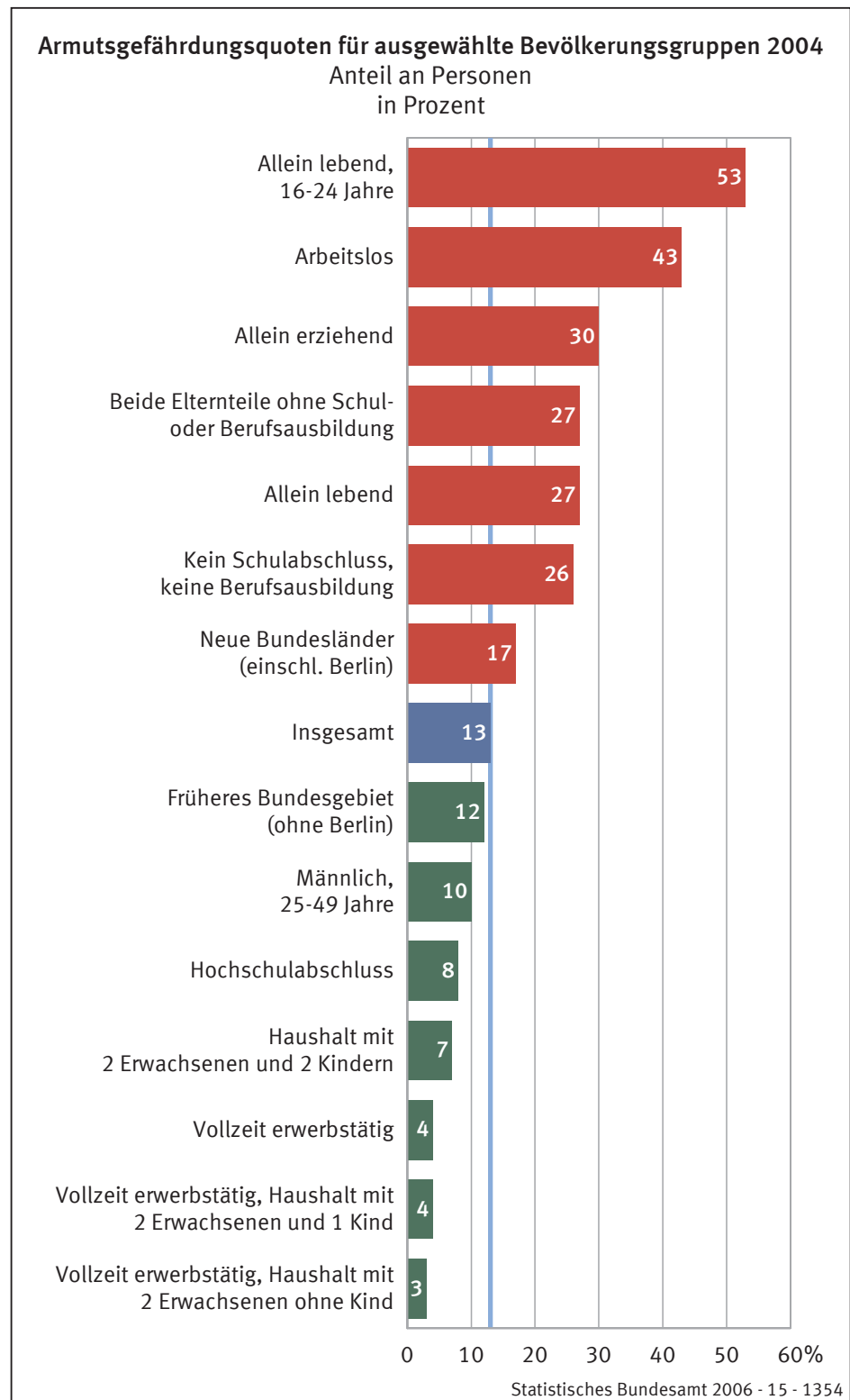


Schaubild 1 zeigt exemplarisch einige ausgewählte Bevölkerungsgruppen, die besonders stark armutsgefährdet sind (rot) beziehungsweise bei denen die Armutsgefährdung besonders niedrig ist (grün). Am stärksten armutsgefährdet sind allein Lebende, Alleinerziehende und Arbeitslose. Am geringsten ist die Armutsgefährdung bei den Vollzeit erwerbstätigen ohne Kinder oder mit einem Kind.

2. LEBEN IN EUROPA – Die neue Datenquelle über Armut und Lebensbedingungen

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, die seit Jahren in Politik und Öffentlichkeit diskutiert wird. Auch in Deutschland bleibt einem Teil der Menschen die Teilhabe an bestimmten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens verwehrt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von einem unzureichenden Einkommen bis hin zu fehlenden Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen.

Mit dem Zusammenwachsen der Europäischen Union gewinnt der Vergleich der Lebensverhältnisse in den Mitgliedstaaten immer mehr an Interesse. Die bestehenden nationalen Haushaltserhebungen weisen allerdings große konzeptionelle und methodische Unterschiede auf und sind daher nur bedingt vergleichbar. Dies ändert sich mit der neuen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (LEBEN IN EUROPA) grundlegend. LEBEN IN EUROPA bietet ab dem Jahr 2006 jährlich vergleichbare Informationen über Armut, Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten. LEBEN IN EUROPA wird seit 2005 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island einheitlich durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens, die sehr differenziert erfasst werden, auch weitere wichtige Lebensbereiche wie etwa die Wohnsituation und die Gesundheit.

Die offizielle Bezeichnung von LEBEN IN EUROPA lautet Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen – Community Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). LEBEN IN EUROPA basiert auf den Erfahrungen aus dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP), das von 1994 bis 2001 in den meisten EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde.

LEBEN IN EUROPA als neue Quelle für eine standardisierte und damit vergleichbare Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dient insbesondere der Berechnung der Indikatoren für die soziale Eingliederung (sogenannte „Laeken-Indikatoren“). Die Indikatoren sollen auf EU-Ebene den Erfolg der Mitgliedstaaten bei der Armutsbekämpfung messen und Hinweise auf erfolgreiche Strategien liefern. Die neue Erhebung ist konzeptionell vollständig auf diese Indikatoren zugeschnitten und daher mehr als jede andere Datenquelle für deren Berechnung geeignet. Die Statistik ist damit eine Basis für die europäische Sozialpolitik.

Für LEBEN IN EUROPA werden europaweit jährlich über 250 000 Personen befragt, in Deutschland rund 25 000 Personen ab 16 Jahren in etwa 13 000 Haushalten. Neu ist – im Unterschied zu den derzeit verwendeten nationalen Datenquellen – die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Bei LEBEN IN EUROPA werden in allen Mitgliedstaaten die gleichen Merkmale erhoben. Für die Wahl der Erhebungsmethoden gibt es EU-weit verbindliche Mindeststandards, die in mehreren europäischen Verordnungen festgelegt sind. So gelten in ganz Europa beispielsweise einheitliche Mindestanforderungen an die Genauigkeit sowie an die Dokumentation der Datenqualität.

Unter den amtlichen Statistiken in Deutschland weist LEBEN IN EUROPA eine Reihe von Besonderheiten auf. So versucht die Erhebung – als Ergänzung zur Erfassung der Einkommensbestandteile – auch die subjektive Einschätzung der Befragten zu ihrer Gesundheit oder ihrer finanziellen Situation zu erfragen. Darüber hinaus werden die Haushalte jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt. Dies wird ab dem kommenden Jahr zusätzlich Auswertungen im Längsschnitt ermöglichen, zum Beispiel hinsichtlich des Anteils der Personen, denen es gelingt, ihre Einkommenssituation zwischen den Erhebungen zu verbessern.

***Für LEBEN IN EUROPA
werden deutschlandweit
etwa 25 000 Personen
befragt***

LEBEN IN EUROPA umfasst einige Merkmale, die in ähnlicher Form auch aus anderen, bereits bestehenden nationalen Datenquellen gewonnen werden können. Hierzu zählen zum Beispiel die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die Einkommensteuerstatistik oder die Sozialhilfestatistik. Eine nicht-amtliche Befragung mit ähnlichen Themen ist außerdem das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Ergebnisse aus unterschiedlichen Datenquellen zu diesen Merkmalen (zum Beispiel das mittlere verfügbare Einkommen) können voneinander abweichen. Solche Abweichungen deuten aber nicht auf Mängel in der Datenerhebung oder -aufbereitung hin, sondern haben ihre Ursache meist in konzeptionellen und methodischen Unterschieden. So unterscheidet sich beispielsweise die Definition der Einkommensbestandteile in den verschiedenen – für jeweils unterschiedliche Zwecke durchgeführten – Statistiken erheblich. Ebenso werden jeweils unterschiedliche Erhebungsmethoden angewendet, die sich auf die Ergebnisse auswirken (zum Beispiel Nutzung von Verwaltungsdaten, Interviewereinsatz, Gestaltung der Erhebungsunterlagen). Da die Datenquellen konzeptionell und methodisch nur mit Einschränkungen vergleichbar sind, verzichtet die Broschüre weitestgehend auf die Darstellung von Vergleichszahlen. Aus diesem Grund und da es sich bei LEBEN IN EUROPA 2005 um das erste Erhebungsjahr handelt, sind keine Aussagen zu zeitlichen Entwicklungen möglich.

Diese Broschüre stellt die wichtigsten Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA im Jahr 2005 dar. Das nächste Kapitel gibt einen Überblick über die Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland. Zudem werden Maßzahlen zur Ungleichheit der Einkommensverteilung vorgestellt. Auf den Ergebnissen zur Einkommensverteilung aufbauend wird in Kapitel 4 das Ausmaß der Armutsgefährdung in der Bevölkerung insgesamt sowie in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen dargestellt. Schließlich werden die konkreten Lebensbedingungen der Menschen betrachtet, die in Deutschland armutsgefährdet sind.

3. Einkommensverteilung in Deutschland

3.1 Wie hoch ist das Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht?

Private Haushalte verfügen je nach Haushaltszusammensetzung, Alter und sozialer Stellung der Haushaltsmitglieder über sehr unterschiedliche Einkommensquellen. Neben den Einkünften aus Erwerbstätigkeit zählen hierzu beispielsweise auch Sozialleistungen, Renten oder Einkünfte aus Kapitalanlagen. Diese Einkommensquellen unterliegen – je nach der Lebenssituation eines Haushalts – sehr unterschiedlichen Abzügen durch Steuern und Abgaben. Dadurch kann sich der Betrag, der einem Haushalt tatsächlich zur Verfügung steht, auch bei gleichem Bruttoeinkommen durchaus unterscheiden. Um den Lebensstandard von privaten Haushalten möglichst angemessen vergleichen zu können, wird daher in dieser Broschüre nicht das Bruttoeinkommen betrachtet, sondern das so genannte verfügbare Einkommen der Haushalte.

Im Rahmen von LEBEN IN EUROPA 2005 wurde retrospektiv das Jahreseinkommen des Jahres 2004 erhoben. Die Bestandteile des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte basieren auf einer internationalen Konvention, die im Auftrag der Vereinten Nationen erarbeitet wurde. Das verfügbare Einkommen ist dabei nicht mit dem „Nettoeinkommen“ aus abhängiger Beschäftigung gleichzusetzen, da es darüber hinaus aus vielerlei weiteren Einkommensarten bestehen kann. Es setzt sich aus den persönlichen Einkünften aller Haushaltsmitglieder sowie den gemeinsamen Einkünften des Haushalts zusammen, von denen Steuern, Sozialabgaben sowie regelmäßige Zahlungen an andere Haushalte abgezogen werden. Im Einzelnen werden folgende Einkommensarten oder Abzüge erfasst:

Verfügbares Haushaltseinkommen

Einnahmen

- Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit (dazu zählt beispielsweise auch der anteilige Wert eines Firmenwagens)
- + Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit
- + Arbeitslosengeld oder -hilfe
- + alle Arten von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Invaliditätsrenten usw.), entsprechende Pensionen sowie Betriebsrenten
- + Ausbildungsunterstützungen (zum Beispiel BAföG)
- + Bruttoeinkommen aus Vermietung und Verpachtung
- + Familienbezogene Einkünfte (zum Beispiel Kindergeld)
- + Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen („Sozialhilfe“)
- + Öffentliche Wohnzuschüsse
- + Regelmäßige Zahlungen durch andere Privathaushalte (zum Beispiel Unterhalt)
- + Einkünfte aus Kapitalanlagen
- + Einkommen von Kindern, die im Haushalt leben (zum Beispiel Waisenrenten)

Abzüge

- Unterhaltszahlungen, die an andere private Haushalte gezahlt wurden
- sämtliche auf alle Einkünfte gezahlte Steuern
- sämtliche auf alle Einkünfte gezahlte Sozialversicherungsbeiträge

Nicht als Einkommen betrachtet werden im Rahmen von LEBEN IN EUROPA gemäß den EU-Vorgaben beispielsweise Geldgeschenke, Erbschaften sowie Entnahmen aus dem angesparten Vermögen (Vermögensverzehr).

Im Einkommensreferenzjahr 2004 waren Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen) noch nicht zum Arbeitslosengeld II zusammengefasst. Seit dem Inkraft-Treten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005 erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Mögliche Auswirkungen dieser gesetzlichen Änderungen können daher erst anhand der Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA 2006 untersucht werden.

Das mittlere verfügbare monatliche Haushaltseinkommen lag in Deutschland 2004 bei 1 808 Euro

Das mittlere verfügbare monatliche Haushaltseinkommen (Median) lag in Deutschland 2004 bei 1 808 Euro. „Median“ bedeutet, dass genau die Hälfte aller Haushalte weniger und die andere Hälfte mehr als 1 808 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Dieser Wert ist insofern nur bedingt aussagekräftig, als Unterschiede hinsichtlich der Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung nicht berücksichtigt werden. So wird beispielsweise ein verfügbares Einkommen von 1 808 Euro bei einem Einpersonenhaushalt einen anderen Lebensstandard ermöglichen als bei einer Familie mit drei Kindern.

Median: Bei der Ermittlung des mittleren Einkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Einkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird.

Ein Vergleich des verfügbaren Haushaltseinkommens ist daher nur innerhalb desselben Haushaltstyps sinnvoll. Tabelle 1 zeigt exemplarisch wichtige Haushaltstypen, deren monatliches verfügbares Median-Einkommen sowie die Abweichung der Einkommensposition vom Medianeinkommen der gesamten Haushalte.

Tabelle 1: Median-Einkommen für die wichtigsten Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Median-Einkommen pro Monat	
	in 1 000	in %	in Euro	Differenz zum Insgesamt-Median in %
Insgesamt	38 386	100	1 808	
Einpersonenhaushalt	14 074	37	1 079	- 40
Alleinerziehende	1 719	4	1 301	- 28
Zwei Erwachsene ¹⁾ ohne Kinder	12 038	31	2 040	+ 13
Zwei Erwachsene, 1 Kind	3 333	9	2 569	+ 42
Zwei Erwachsene, 2 Kinder	3 353	9	2 781	+ 54
Zwei Erwachsene, 3 oder mehr Kinder	1 120	3	2 924	+ 62

1) Zwei Erwachsene können ein (Ehe-)Paar oder andere zusammenlebende Erwachsene sein. Auch erwachsene Kinder, die ökonomisch selbstständig sind, zählen hier als Erwachsene (siehe Glossar).

So verfügen die Einpersonenhaushalte, die 37% aller Haushalte in Deutschland ausmachen, über ein um 40% niedrigeres Median-Einkommen als der Durchschnitt aller Haushalte.

Wie bereits erwähnt, hat die Betrachtung des verfügbaren Haushaltseinkommens, wie sie in Tabelle 1 vorgenommen wurde, den Nachteil, dass sie nur im Zusammenhang mit anderen Merkmalen, wie beispielsweise Haushaltstyp und -größe, aussagekräftig ist. Um die Einkommenslage aller Haushalte beziehungsweise Personen insgesamt vergleichbar zu machen, ist es notwendig, eine andere Messgröße zu untersuchen: das sogenannte bedarfsgewichtete Äquivalenzeinkommen.

3.2 Was ist das Äquivalenzeinkommen, und wie ist es verteilt?

Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Ergebnisse zum verfügbaren Haushaltseinkommen geben an, wie viel Geld pro Haushalt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zur Verfügung steht. Dabei wird jedoch nicht ausreichend berücksichtigt, wie viele Personen tatsächlich in einem Haushalt leben. Daher ist es sinnvoll, nicht ganze Haushalte, sondern die darin lebenden Personen und deren Lebensstandard miteinander zu vergleichen. Dafür muss zunächst eine geeignete Methode gefunden werden, das Haushaltseinkommen auf die im Haushalt lebenden Personen zu „verteilen“.

Die einfachste Möglichkeit wäre, das verfügbare Einkommen durch die Zahl der Köpfe zu teilen. Dies ist zwar rein rechnerisch möglich, aber nur bedingt aussagekräftig, wenn es darum geht, die tatsächliche Wohlstandsposition dieser Person zu vergleichen. Denn ein einfaches Pro-Kopf-Einkommen unterstellt, dass jede Person im Haushalt „für sich allein“ wirtschaftet. Jeder Person im Haushalt würde zugleich ein identischer finanzieller Bedarf unterstellt. Dies entspricht jedoch so nicht der Realität. Große Haushalte sparen beispielsweise Geld, da sie laufende Kosten (wie zum Beispiel Miete, Heizung oder Telefon) gemeinsam tragen oder Haushaltsgeräte zusammen finanzieren. Neben der Personenzahl wirkt sich zugleich auch die Zusammensetzung eines Haushalts (zum Beispiel Zahl und Alter der Kinder) auf dessen finanziellen Bedarf aus. So wird allgemein davon ausgegangen, dass Kinder geringere Kosten als Erwachsene verursachen. Aus beiden Gründen hat ein Singlehaushalt (bei gleichem Wohlstand) pro Kopf einen höheren Finanzbedarf als eine Familie mit Kindern.

Ein Single benötigt beispielsweise immer eine eigene Wohnung, deren Miete er oder sie allein finanzieren muss. Kommen weitere Personen (wie Partner/in oder Kinder) hinzu, so benötigt nicht jede Person eine zusätzliche Wohnung, eine zusätzliche Waschmaschine, etc. Sie haben also die Möglichkeit, ohne zusätzliche Kosten alles zu nutzen, was bereits durch die erste Person vorhanden ist. Die Höhe der finanziellen Mittel, die zum Erreichen eines bestimmten Lebensstandards erforderlich ist, ist daher durch das Zusammenleben bei Haushalten mit mehreren Mitgliedern pro Person geringer als bei allein lebenden Personen.

Um die Situation von Personen aus verschiedenen Haushaltskonstellationen vergleichbar zu machen, wird daher für jede Person das Einkommen errechnet, welches sie (bei gleich bleibendem Lebensstandard) haben müsste, wenn sie allein leben würde („Singleäquivalent“). Diese Größe wird auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet.

Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine fiktive Rechengröße, die der Vergleichbarkeit der Einkommensposition von Personen dient. Das Äquivalenzeinkommen darf nicht mit dem tatsächlich verfügbaren Einkommen („was man im Portemonnaie hat“) verwechselt werden. Die Verwendung des Äquivalenzeinkommens als

Indikator setzt zudem eine Reihe von Annahmen voraus. So wird davon ausgegangen, dass die Einkommen aller Haushaltsmitglieder gemeinsam verwendet werden. Eine weitere Annahme ist, dass alle Mitglieder eines Haushalts den gleichen finanziellen Wohlstand erreichen. Schließlich wird unterstellt, dass in größeren Haushalten Einspareffekte entstehen und Kinder einen geringeren finanziellen Bedarf haben als Erwachsene.

Die modifizierte OECD-Skala macht die Einkommenssituation von Personen in verschiedenen Haushaltstypen vergleichbar

Um das Äquivalenzeinkommen zu berechnen, wird der finanzielle Bedarf der einzelnen Personen im Haushalt mit einem festgelegten Schlüssel gewichtet. Dieser Gewichtungsschlüssel wird auch als Äquivalenzskala bezeichnet. In der Europäischen Union wird dafür die sogenannte modifizierte (oder auch neue) OECD-Skala verwendet.

Nach der modifizierten OECD-Skala erhält die erste erwachsene Person im Haushalt stets das Gewicht 1. Jede weitere Person im Haushalt erhält das Gewicht, das in etwa dem finanziellen Mehrbedarf entspricht, der durch diese Person im Haushalt hinzukommt, wenn ein gleich bleibendes Wohlstandsniveau erhalten werden soll. Leben in einem Haushalt weitere Erwachsene oder Kinder im Alter von 14 Jahren und älter, so erhalten diese das Gewicht 0,5. Kinder unter 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,3. Für einen Single ergibt sich also ein Gewicht von 1, für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren beispielsweise ein Gewicht von $1 + 0,5 + 0,3 + 0,3 = 2,1$ (siehe Tabelle 2). Die Größe dieser Gewichte kann letztlich nicht eindeutig empirisch abgeleitet werden und ist daher immer auch eine normative Entscheidung. Die Verwendung der Gewichte bringt zudem eine Reihe von Vereinfachungen mit sich, die sich nicht in jedem Einzelfall in der Realität bestätigen. Daher kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass für bestimmte Teilpopulationen ein verzerrtes Bild entsteht.

Tabelle 2: Beispiel zur Berechnung des Bedarfsgewichts eines Haushalts

	Bedarf des ersten Erwachsenen	Bedarf für weitere Erwachsene	Bedarf für Kinder bis 14 Jahre	Gesamtbedarf	Zahl der Personen im Haushalt
Single	1	0	0	1	1
Paar ohne Kinder	1	0,5	0	1,5	2
Alleinerziehende/r mit zwei Kindern	1	0	0,6	1,6	3
Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren	1	0,5	0,6	2,1	4

Man sieht deutlich, dass die Summe der Gewichte (Gesamtbedarf) außer beim Single stets niedriger ist als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt.

Wie wird das Äquivalenzeinkommen berechnet?

Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das tatsächlich verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte des Haushalts geteilt. Hat beispielsweise ein Ehepaar ohne Kinder ein jährliches verfügbares Einkommen von 15 000 Euro, so beträgt das Äquivalenzeinkommen für jede Person $15\,000 \text{ Euro} / (1 + 0,5) = 10\,000 \text{ Euro}$. Das Äquivalenzeinkommen ist also ein fiktiver Wert, der die Höhe des Einkommens angibt, das eine Person zur Verfügung haben müsste, wenn sie (bei gleichem Wohlstandsniveau) allein im Haushalt leben würde. Das Äquivalenzeinkommen kann auch als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen verstanden werden. Würde das einfache Pro-Kopf-Einkommen errechnet, indem das Haushaltseinkommen durch die

Zahl der Personen im Haushalt geteilt wird, so ergäbe sich dagegen eine verzerrte Darstellung des Wohlstands der Haushaltsmitglieder.

Tabelle 3: Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie mit einem Kind unter 14 Jahren

	Nettoeinkommen pro Jahr	Verfügbares Haushalts- einkommen	Bedarfs- gewichte	Summe der Bedarfs- gewichte	Äquivalenz- einkommen
	Euro				Euro
Mutter	14 000		1		16 582,22
Vater	14 000	29 848	0,5	1,8	16 582,22
Kind	1 848 (Kindergeld)		0,3		16 582,22

Das jährliche Median-Äquivalenzeinkommen, also die Einkommensgrenze, die die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt, lag 2004 bei 17 123 Euro, das entspricht 1 427 Euro pro Monat. Der Median des Äquivalenzeinkommens weist dabei erhebliche Unterschiede für verschiedene sozio-demografische Gruppen auf (Tabelle 4 und 5).

*Das mittlere Äquivalenzeinkommen lag 2004 bei
1 427 Euro monatlich*

So liegt der Wert der Männer um etwa 70 Euro über dem der Frauen. Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede in den Altersgruppen der 50- bis 64-Jährigen und der über 65-Jährigen. Hier liegt der Median des monatlichen Äquivalenzeinkommens bei den Männern jeweils um rund 100 Euro über dem der Frauen.

Tabelle 4: Median-Äquivalenzeinkommen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

	Median-Äquivalenzeinkommen pro Monat	
	in Euro	in %
Insgesamt	1 427	100
Männer		
Insgesamt	1 464	103
bis 15 Jahre	1 326	93
16 – 24 Jahre	1 473	103
25 – 49 Jahre	1 517	106
50 – 64 Jahre	1 601	112
65 Jahre und älter	1 377	97
Frauen		
Insgesamt	1 395	98
bis 15 Jahre	1 358	95
16 – 24 Jahre	1 400	98
25 – 49 Jahre	1 421	100
50 – 64 Jahre	1 504	105
65 Jahre und älter	1 280	90

Betrachtet man die Personen nach dem Haushaltstyp, in dem sie leben, so fällt auf, dass Alleinerziehende mit im Schnitt rund 1 000 Euro im Monat ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen aufweisen als Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem (1 540 Euro) oder zwei Kindern (1 454 Euro). Haushalte mit drei und mehr Kindern haben dagegen wieder ein geringeres mittleres Äquivalenzeinkommen von 1 267 Euro. Ähnlich große Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des Schulabschlusses der Befragten. Während Befragte ohne Schulabschluss ein mittleres Äquivalenzeinkommen von 1 175 Euro haben, bringen es Befragte mit (Fach-) Hochschulreife auf 1 704 Euro.

Die größten Abweichungen bestehen aber zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Personen, die in Vollzeit erwerbstätig sind, liegen mit 1 691 Euro mehr als 750 Euro über dem Median des monatlichen Äquivalenzeinkommens der Arbeitslosen.

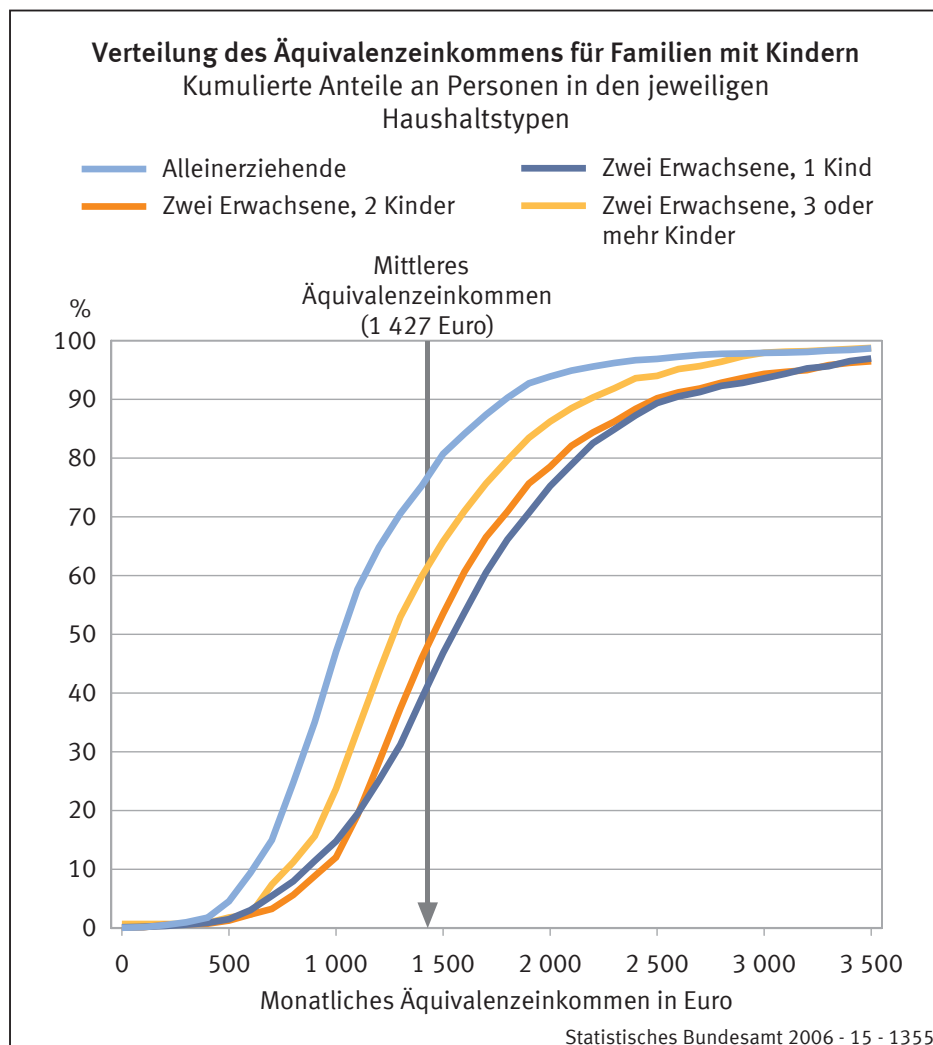
Tabelle 5: Median-Äquivalenzeinkommen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

	Median-Äquivalenzeinkommen pro Monat	
	in Euro	in %
Personen in Haushalten mit Kindern		
Insgesamt	1 388	97
Alleinerziehend	1 026	72
2 Erwachsene und 1 Kind	1 540	108
2 Erwachsene und 2 Kinder	1 454	102
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder	1 267	89
Höchster Schulabschluss (Personen ab 16 Jahren)		
Kein Schulabschluss	1 175	82
Hauptschulabschluss	1 306	92
Realschulabschluss oder Polytechnische Oberschule der ehem. DDR	1 440	100
Abitur / Fachhochschulreife	1 704	119
Erwerbsstatus (Personen ab 16 Jahren)		
Vollzeit erwerbstätig	1 691	118
Teilzeit erwerbstätig	1 556	109
Arbeitslos	940	66
Ruhestand	1 344	94
sonst. nicht erwerbstätig	1 328	93

Fast zwei Drittel aller Familien mit drei Kindern liegen unterhalb des mittleren Einkommens

Schaubild 2 zeigt die kumulierte Verteilung des monatlichen Äquivalenzeinkommens für ausgewählte Haushaltstypen mit Kindern. Das Median-Äquivalenzeinkommen ist bei 1 427 Euro markiert. An dieser Stelle liegen genau 50% der Gesamtbevölkerung darüber und 50% darunter. Auffallend ist, dass Familien mit drei und mehr Kindern und vor allem Personen in Haushalten von Alleinerziehenden zu einem deutlich höheren Anteil ein geringeres Äquivalenzeinkommen haben als die Gesamtbevölkerung oder Personen in Familien mit einem oder zwei Kindern. Dies ist daran zu erkennen, dass bereits 77% der Alleinerziehenden und 62% der Familien mit drei oder mehr Kindern unter dem Median-Äquivalenzeinkommen liegen.

Schaubild 2



Eine andere Frage ist, wie die Summe des gesamten Äquivalenzeinkommens über die Bevölkerung verteilt ist. Schaubild 3 auf Seite 16 zeigt, dass das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung über 37% des gesamten Äquivalenzeinkommens verfügt, das einkommensschwächste Fünftel hingegen nur über 9%.

Um zu beleuchten, wie stark die Einkommensunterschiede zwischen den ärmsten und den reichsten Personen eines Landes tatsächlich sind, kann man ein Verteilungsmaß heranziehen, das das Gesamteinkommen der reichsten 20% dem Gesamteinkommen der ärmsten 20% gegenüberstellt (sogenanntes S80/S20-Quintilverhältnis). In Deutschland betrug dieser Wert 4,1. Das heißt, dass die reichsten 20% über ein 4,1-mal so hohes Äquivalenzeinkommen verfügen wie die ärmsten 20% (vergleiche Schaubild 3).

Die reichsten 20% haben zusammen ein 4-mal so hohes Äquivalenzeinkommen wie die ärmsten 20%

Schaubild 4 auf Seite 16 zeigt dieses Verteilungsmaß für Deutschland (Referenzjahr 2004) sowie für ausgewählte Länder (Referenzjahr 2003). Die niedrigsten Werte weisen hier die skandinavischen Länder auf, in Portugal ist das Verhältnis zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen doppelt so groß wie in Norwegen. Deutschland liegt mit 4,1 etwa im Mittelfeld. Generell lässt sich erkennen, dass in den nordeuropäischen Ländern die Einkommensverteilung deutlich weniger auseinander klafft als in den südeuropäischen.

Schaubild 3

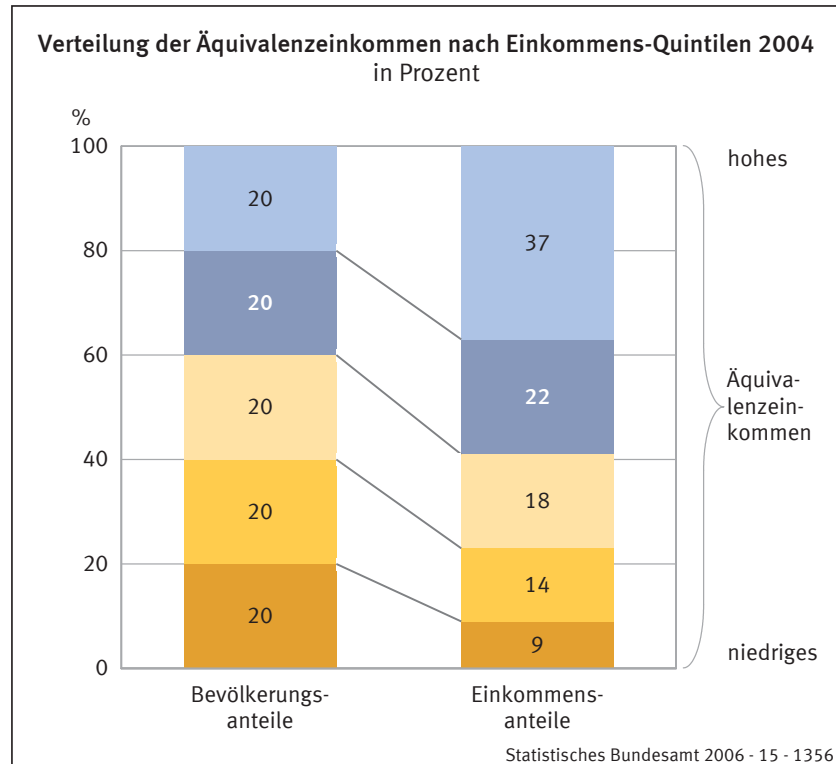
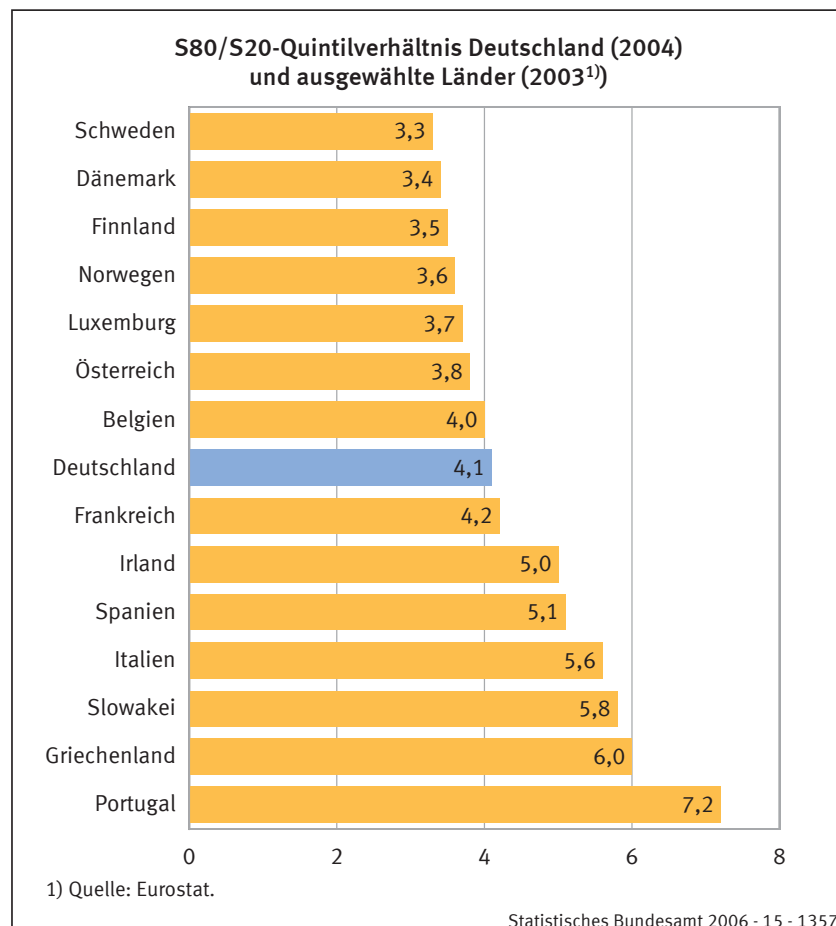


Schaubild 4



4. Armut in Deutschland

4.1 Wann gilt jemand als „arm“?

Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Für die Beurteilung, ob in einem konkreten Fall ein solcher Mangel vorliegt, werden in Abhängigkeit vom Untersuchungsgegenstand in der Wissenschaft jedoch unterschiedliche Maßstäbe verwendet. Die vorliegende Broschüre orientiert sich an einem Armutsbegriff, wie er auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung verwendet wird.

Grundlegend ist die Unterscheidung zwischen „absoluter“ und „relativer Armut“. Von absoluter Armut spricht man, wenn es den Menschen an lebensnotwendiger Nahrung, Kleidung, Unterkunft oder Gesundheitsfürsorge mangelt und deren physische Existenz unmittelbar bedroht ist. Sie tritt vor allem in Ländern auf, in denen soziale Sicherungssysteme nur unzureichend oder gar nicht vorhanden sind, wie in Entwicklungs- und Schwellenländern. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Menschen grundsätzlich durch soziale Sicherungssysteme vor absoluter Armut geschützt. Ausnahmen sind etwa Wohnungslose oder Suchtkranke, die aus unterschiedlichen Gründen durch die Sicherungssysteme nicht immer erreicht werden und die daher von absoluter Armut betroffen sein können.

In der Sozialberichterstattung der Europäischen Union wird in der Regel die relative Armut betrachtet. Relative Armut bestimmt sich in Abhängigkeit von den Lebensverhältnissen in einem bestimmten Land. Als arm gelten diejenigen Personen, die über so geringe Ressourcen verfügen, dass sie den in ihrer Gesellschaft als annehmbar geltenden Lebensstandard nicht erreichen. Diese Ressourcen können materieller Natur sein, wie zum Beispiel das Einkommen, aber auch mangelnde soziale Einbindung oder mangelnde Bildungschancen gehören dazu. Um relative Armut messen zu können, muss ein bestimmtes Niveau definiert werden, unterhalb dessen man von Armut spricht.

Obwohl Armut auch zahlreiche nicht-monetäre Aspekte umfasst, wird bei der Ermittlung der Grenze, unterhalb derer eine Person als „arm“ gilt, aus Gründen der Praktikabilität meist das verfügbare Einkommen zugrunde gelegt. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gilt jemand als armutsgefährdet, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) des jeweiligen Mitgliedstaats beträgt. Diese 60%-Grenze wird allgemein als Armutsgefährdungsgrenze (oder Armutsrisikogrenze) bezeichnet. Die Festlegung dieser Grenze kann allerdings letztlich nicht empirisch begründet werden. Ähnlich wie die Äquivalenzgewichte (vergleiche Kapitel 3.2) handelt es sich hier um eine politische Konvention, die der Europäische Rat im Jahr 2001 beschlossen hat.

Die Armutsgefährdungsgrenze lag im Jahr 2004 in Deutschland bei einem jährlichen Äquivalenzeinkommen von 10 274 Euro (oder 856 Euro pro Monat). Dies sind 60% des Median-Äquivalenzeinkommens. Als armutsgefährdet werden demnach alle Personen bezeichnet, deren Äquivalenzeinkommen im Jahr 2004 weniger als 10 274 Euro betrug. Der Anteil dieser Personen an der Gesamtbevölkerung ist die Armutsgefährdungsquote. Diese betrug 2004 in Deutschland 13%.

Zusätzlich zur Armutsgefährdungsgrenze in Höhe von 60% des Median-Äquivalenzeinkommens werden gelegentlich weitere Grenzwerte in Höhe von 40%, 50% oder auch 70% des Median-Äquivalenzeinkommens verwendet. Die 70%-Armutsgefährdungsgrenze wird als „prekärer Wohlstand“ bezeichnet, der mit Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen sowie einer Armutsgefährdung in sozialen Risikositua-

„Relative Armut“ hängt immer von den Lebensbedingungen im jeweiligen Land ab

Die Armutsgefährdungsquote lag 2004 in Deutschland bei 13%

tionen einhergeht. Personen mit einem Einkommen unter der 50%-Grenze werden nicht mehr nur als armutsgefährdet, sondern bereits als relativ einkommensarm bezeichnet, unter der 40%-Grenze gilt man als arm.

Ergänzend zum Anteil der Personen unter der 60%-Grenze (Armutsgefährdungsquote) wird teilweise auch der Anteil der Personen angegeben, die unterhalb der Grenzen von 40%, 50% oder 70% des Medianeinkommens leben.

Tabelle 6: Unterschiedliche Grenzwerte zur Armutsgefährdung 2004

Grenzwert bei ...des Medians	Grenzwert (Äquivalenzeinkommen; in Euro)		Armutsgefährdungsquote (%)
	jährlich	monatlich	
40%	6 849	571	4
50%	8 561	713	8
60%	10 274	856	13
70%	11 986	999	21

Bei der Interpretation der Armutsgefährdungsgrenze ist zu beachten, dass diese auf dem Äquivalenzeinkommen beruht. Daher kann die Armutsgefährdungsgrenze nur für Singlehaushalte mit dem tatsächlich verfügbaren Haushaltseinkommen verglichen werden. Um die Armutsgefährdungsgrenze für Haushalte mit mehreren Mitgliedern zu ermitteln, darf daher nicht der Wert für Singles mit der Zahl der Haushaltsmitglieder multipliziert werden. Stattdessen muss (gemäß EU-Definition) der jeweilige bedarfsgewichtete Wert (Äquivalenzskala) verwendet werden (siehe Kapitel 3.2).

Tabelle 7: Beispiele für die Armutsgefährdungsgrenzen ausgewählter Haushaltstypen

	Bedarfsgewicht (siehe Kapitel 3.2)	Armutsgefährdungsgrenze (in Euro)	
		jährlich	monatlich
Single	1	10 274	856
Alleinerziehende/r mit einem Kind unter 14 Jahren	1,3	13 357	1 113
Paar ohne Kinder	1,5	15 411	1 284
Alleinerziehende/r mit zwei Kindern unter 14 Jahren	1,6	16 438	1 370
Familie mit einem Kind unter 14 Jahren	1,8	18 493	1 541
Familie mit einem Kind ab 14 Jahren	2	20 548	1 712
Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren	2,1	21 575	1 798

Tabelle 6 zeigt beispielhaft die Armutsgefährdungsgrenzen für ausgewählte Haushaltstypen. So gilt etwa ein Paar ohne Kinder als armutsgefährdet, wenn es ein jährliches verfügbares Einkommen von weniger als 15 411 Euro hat. Dieser Wert ergibt sich, wenn man die Armutsgefährdungsgrenze für Einpersonenhaushalte mit dem Äquivalenzgewicht 1,5 multipliziert. Eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren gilt ab einem verfügbaren Einkommen von 21 575 Euro als von Armut bedroht, ein Alleinerziehender oder eine Alleinerziehende mit zwei Kindern ab einem Einkommen von 16 438 Euro.

Eine Familie mit zwei Kindern gilt als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 21 575 Euro jährlich zur Verfügung hat

4.2 Wer ist in Deutschland armutsgefährdet?

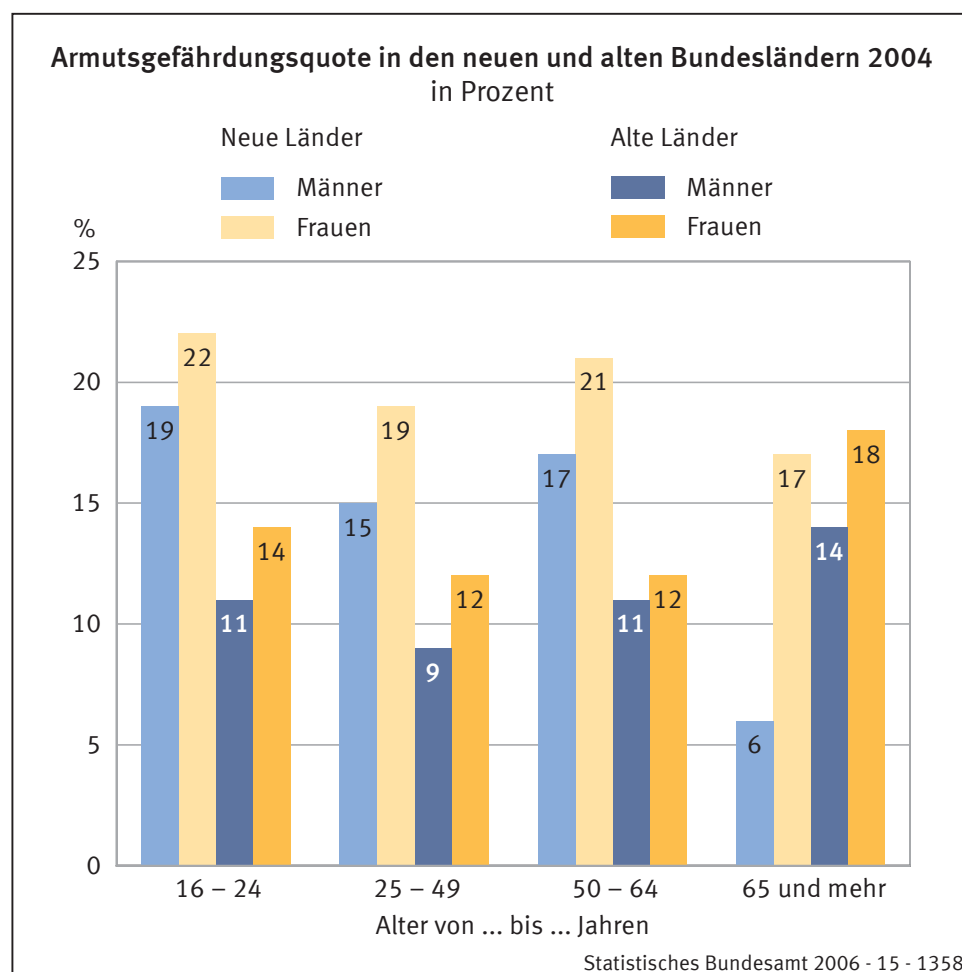
Die Armutsgefährdungsquote für Deutschland betrug im Jahr 2004 13%, das heißt 13% der Bevölkerung in Deutschland hatten ein verfügbares Äquivalenzeinkommen von weniger als 856 Euro im Monat. Insgesamt waren damit rund 10,6 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht, davon 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren.

4.2.1 Armutsgefährdung in Ost und West

Innerhalb Deutschlands verteilt sich die Armutsgefährdung sehr unterschiedlich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen. Augenfällig sind zunächst die Unterschiede zwischen Ost und West. Während im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) die Armutsge-

Armutsgefährdung im Osten stärker ausgeprägt als im Westen

Schaubild 5



fährdungsquote 12% betrug, waren es in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) 17%, was vor allem auf die Unterschiede in der Erwerbsstruktur der beiden Landes- teile zurückzuführen ist.

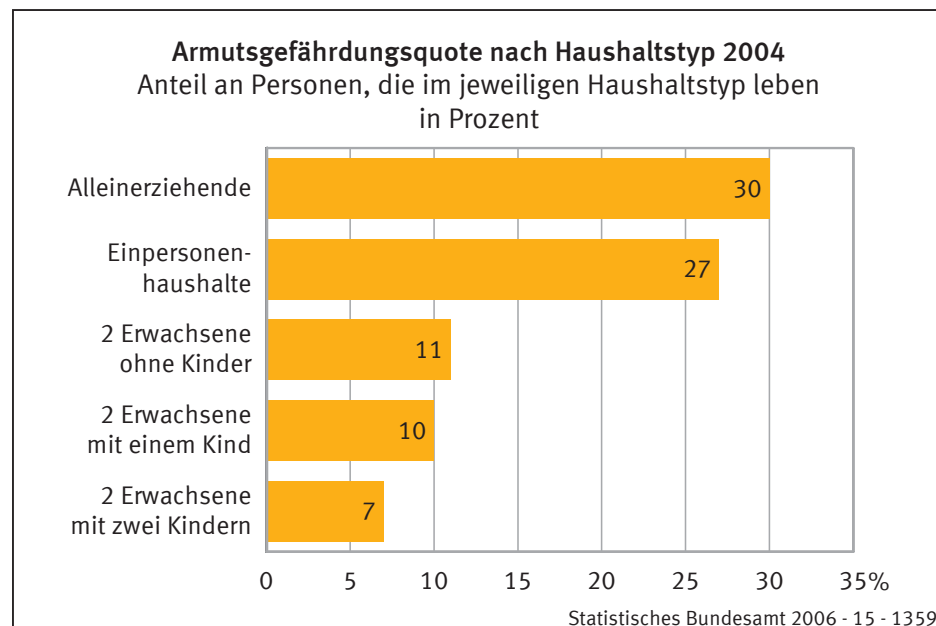
Der Unterschied zwischen Ost und West lässt sich für alle Altersgruppen beobachten – mit Ausnahme der über 65-jährigen Männer in den neuen Ländern. Diese Gruppe weist mit 6% eine auffällig niedrige Armutsgefährdungsquote auf. Im Gegensatz dazu sind über 65-jährige Frauen sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern deutlich überdurchschnittlich von Armut bedroht. Auch die über 65-jährigen Männer im Westen sind wesentlich häufiger armutsgefährdet (14%). Im Vergleich zum Westen sind in den neuen Bundesländern alle Altersgruppen unter 65 Jahren weitaus stärker armutsgefährdet. Bei den 16- bis 24-Jährigen sowie bei den 50- bis 64-Jährigen ist hier rund ein Fünftel der Bevölkerung armutsgefährdet. Die Quote liegt jeweils fast zehn Prozentpunkte über der der alten Länder. Bei den 25- bis 49-Jährigen ist die Armutsgefährdung im Osten etwas geringer, der Abstand zum Westen bleibt aber auch hier weitgehend unverändert.

Auch die verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen sind in sehr unterschiedlichem Umfang armutsgefährdet. Auffällig ist zunächst, dass im Verhältnis Frauen etwas stärker betroffen sind als Männer. Die Armutsgefährdungsquote der Frauen liegt mit 14% gut einen Prozentpunkt über der Quote für die Gesamtbevölkerung (13%), während die der Männer mit 12% etwa einen Prozentpunkt darunter liegt. Dieses Muster zeigt sich in allen Altersgruppen: Die Armutsgefährdungsquote der Frauen liegt in allen Altersgruppen durchgehend über der der Männer, und zwar sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern (Schaubild 5).

4.2.2 Wer allein lebt hat es schwerer – Armutsgefährdung nach Haushaltstypen

Ob jemand in Deutschland armutsgefährdet ist, hängt stark davon ab, in welchem Haushaltstyp er oder sie lebt (Schaubild 6). Das größte Armutsrisiko haben die Alleinerziehenden. Jede dritte Person, die in einem Alleinerziehendenhaushalt lebt, ist armutsgefährdet, und zwar sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern (29% im Westen gegenüber 35% im Osten).

Schaubild 6

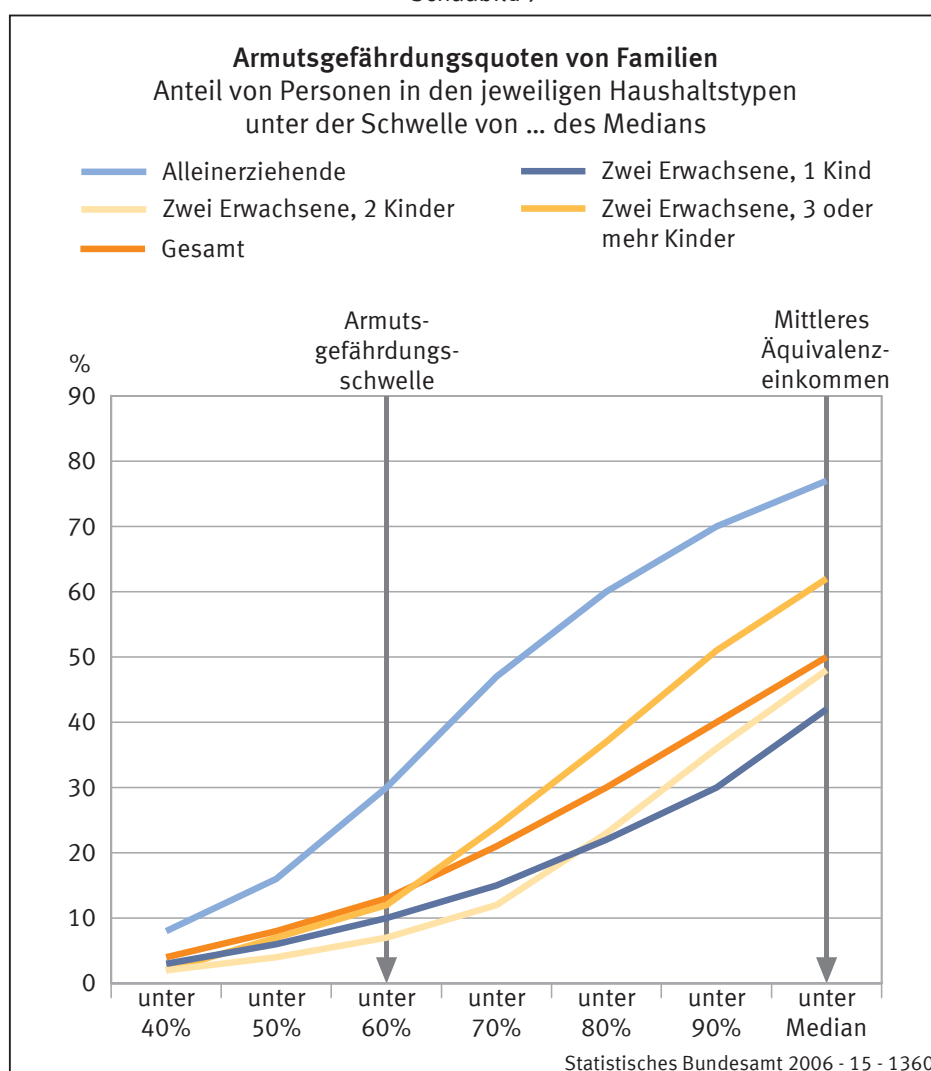


In ähnlichem Maße armutsgefährdet sind Personen, die allein leben. 27% der Personen aus Einpersonenhaushalten sind von Armut bedroht, und zwar 25% in den alten und 35% in den neuen Bundesländern. Am stärksten armutsgefährdet sind die allein lebenden jüngeren Personen von 16 bis 24 Jahren mit 53% Armutsgefährdung, und zwar sowohl bei den Männern (47%) als auch bei den Frauen (56%). Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass in dieser Gruppe besonders viele Studierende und Auszubildende mit geringem Einkommen anzutreffen sind. Auffällige Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es darüber hinaus bei den allein lebenden über 65-Jährigen, von denen 18% der Männer, aber 28% der Frauen armutsgefährdet sind.

Schaubild 7 beleuchtet die Situation von Familien mit Kindern. Die Armutsgefährdungsquote bezieht sich stets auf die Schwelle von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens (siehe Kapitel 4.1). Sie sagt daher nichts darüber aus, wie hoch der Anteil der Personen ist, die direkt oberhalb dieser Schwelle liegen. Diese Personen gelten zwar definitionsgemäß nicht als armutsgefährdet, müssen aber doch mit einem deutlich geringeren Einkommen auskommen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Gerade im Fall von Familien mit Kindern sollte diese zusätzliche Information nicht übersehen werden: Personen in Familien mit drei oder mehr Kindern (oder in Alleinerziehendenhaushalten) liegen zu einem überdurchschnittlichen Anteil knapp über der 60%-Schwelle. Diese Familien gelten damit zwar nicht als armutsgefährdet, ihr Wohlstand kann aber dennoch als prekär bezeichnet werden. Zudem zeigt Schaubild 7, dass

Viele kinderreiche Familien gelten zwar nicht als armutsgefährdet, liegen aber nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle

Schaubild 7



Personen aus kinderreichen Familien und Alleinerziehende ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen aufweisen als der Bevölkerungsschnitt. So leben 62% der Personen aus Familien mit drei und mehr Kindern (und sogar 77% der Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden) mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb des Medians.

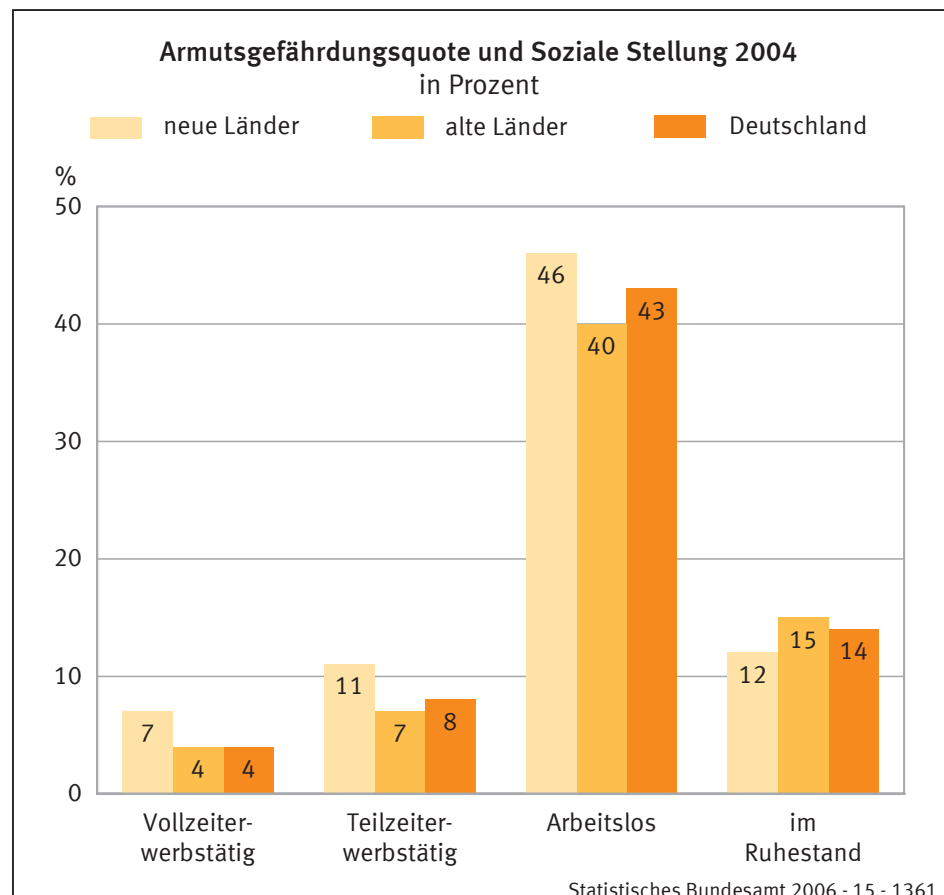
4.2.3 Ohne Job sieht es düster aus – Armutsgefährdung und Erwerbsbeteiligung

Der wohl wichtigste Faktor für die Armutsgefährdung ist die Einbindung in das Erwerbsleben. Die Vollzeitbeschäftigten weisen mit 4% eine der niedrigsten Armutsgefährdungsquoten aller Bevölkerungsgruppen auf (bei den Teilzeiterwerbstätigen sind es 8%).

Vollzeitbeschäftigte sind nur zu 4% armutsgefährdet....,

Auffällig sind wiederum die Unterschiede zwischen Ost und West: In den neuen Ländern sind immerhin 7% der Personen von Armut bedroht, obwohl sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, bei den Ostdeutschen mit Teilzeiterwerbstätigkeit sogar 11% (West: 4% (Vollzeit) beziehungsweise 7% (Teilzeit)). Damit gibt es in Deutschland gut 1,6 Millionen Menschen, die trotz der Ausübung einer Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind. Diese Personen, denen es trotz Erwerbstätigkeit nicht gelingt, das Einkommen ihrer Haushalte über die Armutsgefährdungsschwelle zu heben, werden häufig als „Working Poor“ bezeichnet. Man findet die „Working Poor“ vor allem unter den allein lebenden Personen, die Teilzeit arbeiten (23% armutsgefährdet) und unter den Alleinerziehenden (10% der vollzeiterwerbstätigen und 16% der teilzeiterwerbstätigen Alleinerziehenden sind armutsgefährdet).

Schaubild 8



Die Arbeitslosen gehören zu der am stärksten durch Armut bedrohten Gruppe: 43% sind armutsgefährdet (40% im Westen und 46% im Osten). Generell hat aber auch hier die Zusammensetzung des Haushalts einen hohen Einfluss darauf, wie stark Arbeitslosigkeit das Risiko erhöht, in Armut zu geraten. Besonders dramatisch ist dies bei allein lebenden Personen: Zwei von drei Arbeitslosen, die allein leben, sind armutsgefährdet. Arbeitslose, die mit einer weiteren erwachsenen Person zusammenleben (zum Beispiel Partner/in), sind dagegen „nur“ zu 32% armutsgefährdet. Hier vermag offenbar bei einem Teil der Personen das Einkommen der Partner/innen die Armutsgefährdung abzuwenden.

... Arbeitslose hingegen zu 43%

Leicht höher als im Durchschnitt ist die Armutsgefährdung von Rentnerinnen und Rentnern (14%). Auffällig ist bei dieser Gruppe, dass entgegen dem Trend Rentner aus den neuen Ländern in etwas geringerem Maße (12%) armutsgefährdet sind als solche aus dem früheren Bundesgebiet (15%).

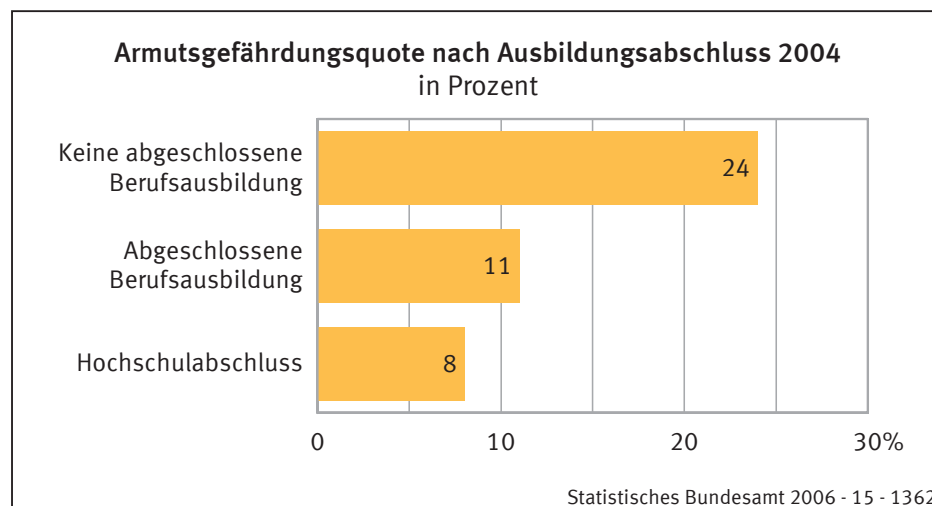
4.2.4 Ein Abschluss macht den Unterschied – Armutsgefährdung und Bildung

Neben der Erwerbstätigkeit zeigt auch der Bildungsabschluss einen deutlichen Zusammenhang mit der Armutsgefährdung, und zwar sowohl hinsichtlich der schulischen als auch der beruflichen Bildung. Betrachtet man die Schulabschlüsse, so sind 24% derjenigen Personen ohne Schulabschluss armutsgefährdet, während die Quote bei Hauptschulabsolventen auf 15% und bei Personen mit Abitur auf 9% sinkt.

Ohne Schulabschluss steigt die Armutsgefährdungsquote auf 24%

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Berufsausbildung: Knapp jede vierte Person ohne Berufsausbildung ist armutsgefährdet, jedoch nur 11% der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und nur 8% derjenigen mit einem Hochschulabschluss (Schaubild 9).

Schaubild 9



Am stärksten betroffen sind die Personen, die weder Schule noch Berufsausbildung abgeschlossen haben. Mehr als jede/r Vierte dieser Gruppe (26%) ist armutsgefährdet. Generell lässt sich also sagen, dass die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung sinkt, sobald ein Abschluss vorhanden ist. Das Niveau des Abschlusses spielt eine eher zweitrangige Rolle.

Der Einfluss der Berufsausbildung zeigt sich sehr deutlich bei einem Vergleich der Vollzeiterwerbstätigen. Vergleicht man Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen, die alle Vollzeit erwerbstätig sind, lässt sich erkennen, dass trotz glei-

Armutsgefährdung trotz Vollzeiterwerbstätigkeit besonders hoch bei Menschen ohne Berufsausbildung

chem Erwerbsstatus die Armutsgefährdung zunimmt, je niedriger die formale Qualifikation ist. Immerhin 14% der Personen ohne Berufsausbildung sind trotz Vollzeitbeschäftigung armutsgefährdet („Working Poor“). Bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung sind es hingegen nur 4%, bei Fachhochschul- oder Hochschulabsolventen 2% der Vollzeit arbeitenden Personen.

4.2.5 Hilfe vom Staat: Wie wirksam sind Sozialleistungen gegen Armutsgefährdung?

In Deutschland gibt es umfangreiche Instrumente der sozialen Sicherung, die dazu beitragen können, ein „Abrutschen“ bestimmter Personengruppen in eine armutsgefährdete Lebenslage zu vermeiden. Betroffen sind hier vor allem (Langzeit-) Arbeitslose, das heißt Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, -hilfe oder Sozialhilfe und deren Familien. Aber auch Haushalte mit sehr geringen Erwerbseinkommen können zusätzlich bedarfsorientiert Unterstützung durch soziale Sicherungssysteme erhalten, beispielsweise ergänzende Sozialhilfe oder Wohnkostenzuschüsse. Generell ist auch hier zu beachten, dass sich die Einkommensangaben auf das Jahr 2004 beziehen, also auf einen Zeitpunkt vor dem In-Kraft-Treten der unter der Bezeichnung „Hartz IV“ bekannten Arbeitsmarktreformen.

Grundsätzlich tragen soziale Transferleistungen dazu bei, die Armutsgefährdung von bestimmten Personen zu verringern und gegebenenfalls auch deren Einkommen über die Armutsgefährdungsschwelle zu heben. Um zu messen, inwieweit dies tatsächlich gelingt, ist es sinnvoll, sich die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung mit und ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen bei der Einkommensberechnung („vor“ und „nach“ sozialen Transferleistungen) zu betrachten.

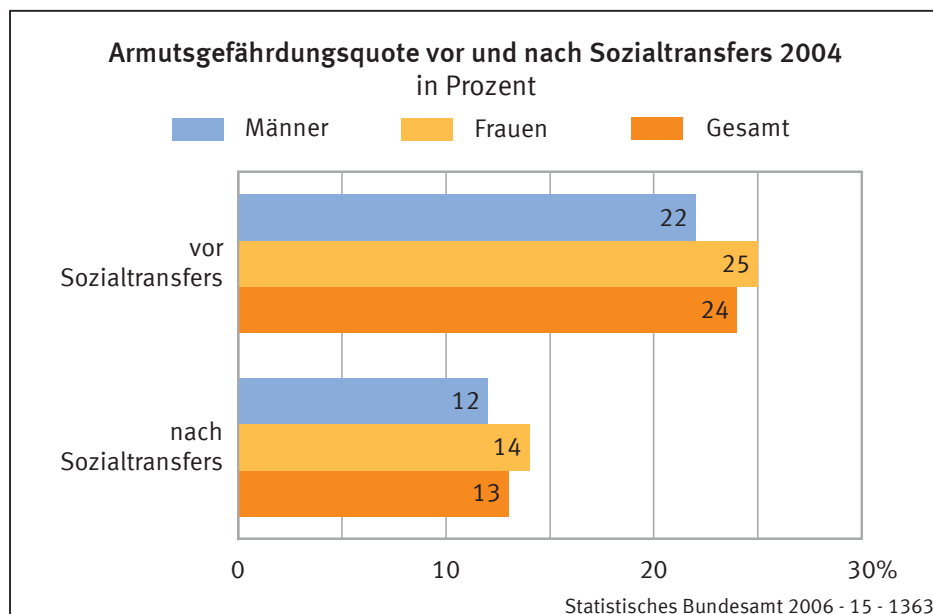
Für die Betrachtung des Einkommens „vor“ sozialen Transferleistungen wird die Armutsgefährdungsquote anhand des Äquivalenzeinkommens berechnet, in dem die folgenden Sozialleistungen nicht enthalten sind:

- Arbeitslosengeld und -hilfe
- Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen (Sozialhilfe)
- Kindergeld, Erziehungsgeld und andere familienbezogene Leistungen
- Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- Invaliditätsrenten für Personen im Erwerbsalter
- Öffentliche Wohnkostenzuschüsse

Ein Haushalt, dessen Einkommen ausschließlich aus einer oder mehrerer dieser Komponenten besteht, hätte in diesem Fall ein Einkommen von 0 Euro und läge damit auf jeden Fall unter der Armutsgefährdungsschwelle. Es liegt nahe, dass bei der Betrachtungsweise vor sozialen Transferleistungen ein deutlich höherer Anteil von Personen armutsgefährdet ist. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass Transferleistungen, die indirekt durch steuerliche Begünstigung erfolgen (zum Beispiel Kinderfreibeträge, Ehegattensplitting) bereits im Äquivalenzeinkommen enthalten sind und nicht mehr separat „herausgerechnet“ werden.

Die so errechnete Armutsgefährdungsquote wird anschließend mit der Armutsgefährdungsquote „nach“ sozialen Transfers verglichen, die auf Grundlage aller Einkommensarten, also auch der oben genannten Sozialleistungen, berechnet wurde. Die Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers beträgt, wie bereits in diesem Kapitel dargestellt, 13%. Die Differenz zwischen diesen beiden Armutsgefährdungsquoten zeigt die Wirksamkeit der sozialen Transferleistungen bei der Verringerung des Ausmaßes von Armutsgefährdung auf.

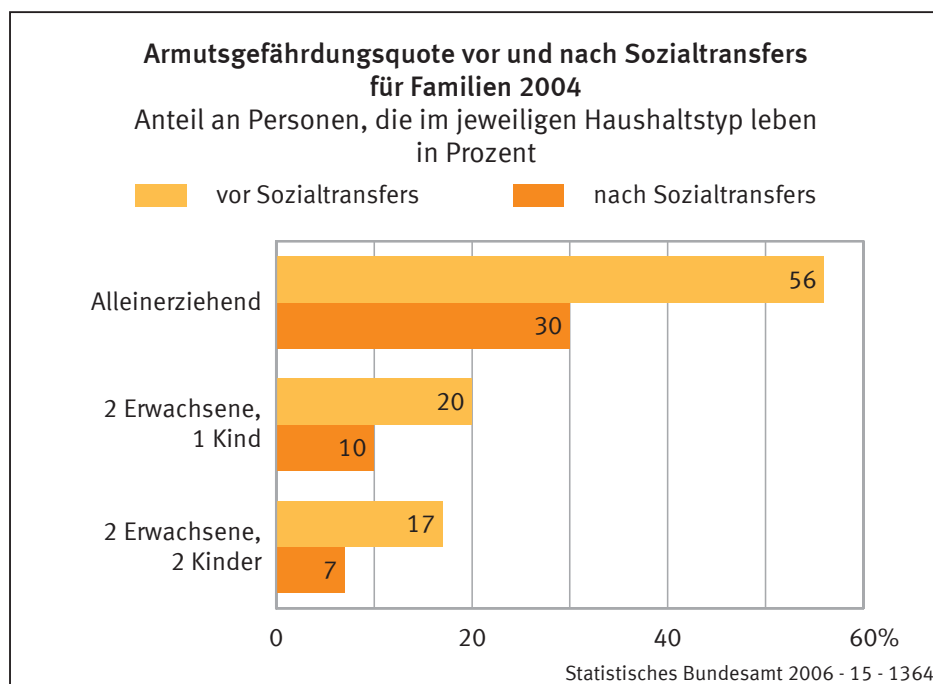
Schaubild 10



Schließt man alle oben genannten Sozialleistungen aus dem Einkommen aus, beträgt die Armutsgefährdungsquote 24%, das heißt beinahe doppelt so viele Personen wären armutsgefährdet. Diese Sozialtransfers helfen also, die Armutsgefährdung in etwa zu halbieren. Dieser Effekt ist auch bei Familien zu beobachten (Schaubild 11). Auch bei Alleinerziehenden wird durch die verschiedenen Sozialtransfers die Armutsrate in etwa halbiert (von 56% auf 30%), ist aber im Vergleich mit anderen Familienformen immer noch mit Abstand am höchsten.

Sozialtransfers senken vor allem die Armutsgefährdung von Familien und Arbeitslosen

Schaubild 11



Besonders im Fall von Arbeitslosen schlagen sich die Sozialtransfers in der Verringerung der Armutsgefährdung nieder: Ohne alle Sozialtransfers wären 73% der Arbeitslosen armutsgefährdet, mit Sozialtransfers sind es „nur“ noch 43%.

Berücksichtigt man nun noch zusätzlich Alters- und Hinterbliebenenrenten und -pensionen als Sozialtransfers, so steigt die Armutsgefährdungsquote wiederum dramatisch. Besonders in den neuen Bundesländern wären dann 96% aller Rentner armutsgefährdet, in den alten Ländern wären es 89%. Anders ausgedrückt: Wenn man alle Einkommenskomponenten, denen wohlfahrtsstaatliche Arrangements zugrunde liegen, aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen ausschließt, wäre insgesamt fast jede zweite Person armutsgefährdet (44%).

4.2.6 Einmal arm, immer arm? (Bildungs-) Armut über mehrere Generationen

Häufig wird in der öffentlichen Diskussion angenommen, dass Armut innerhalb eines Haushalts von den Eltern an ihre Kinder „vererbt“ wird. Einer der wichtigsten Aspekte ist die Weitergabe geringer Bildung innerhalb des Elternhauses, die sich auch im Schulabschluss der Kinder zeigt. Eine niedrige schulische Qualifikation führt wiederum zu geringeren Arbeitsmarktchancen, die sich durch erhöhte Arbeitslosigkeit oder niedrige Löhne und dadurch wieder in höherer Armutsgefährdung niederschlagen können.

Um dieser Frage nachzugehen, wurde für LEBEN IN EUROPA 2005 auf europäischer Ebene ein zusätzliches Fragemodul entwickelt, das einige armutsrelevante Lebensbedingungen in den Elternhäusern der Befragten beleuchten soll. Unter anderem wurden die Bildungsabschlüsse der Eltern sowie die vom Befragten eingeschätzte finanzielle Lage der Eltern erhoben.

Betrachtet wird die Lebenssituation zu dem Zeitpunkt, als der/die Befragte etwa 14 Jahre alt war. Einbezogen wurden nur Befragte, die am 31.12.2004 zwischen 24 und 65 Jahre alt waren. Es ist jedoch zu beachten, dass eine solche retrospektive Fragestellung mit einiger Unschärfe verbunden ist.

Ein grundsätzliches Problem im Vergleich von Bildungsabschlüssen über mehrere Generationen ist die eingeschränkte Vergleichbarkeit von formal gleichen Abschlüssen im Zeitverlauf. Ein Hauptschulabsolvent im Jahr 2004 hat beispielsweise deutlich geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz als ein Hauptschulabsolvent in den 1960er Jahren. Daher ist es schwierig, aus dem mehrere Jahrzehnte zurückliegenden Bildungsabschluss der Eltern der Befragten den Effekt auf den Bildungsabschluss und die potenzielle Armutsgefährdung der Befragten zu messen.

Menschen, deren Eltern keinen Schulabschluss haben, haben mit 27% ein erheblich erhöhtes Armutsrisiko

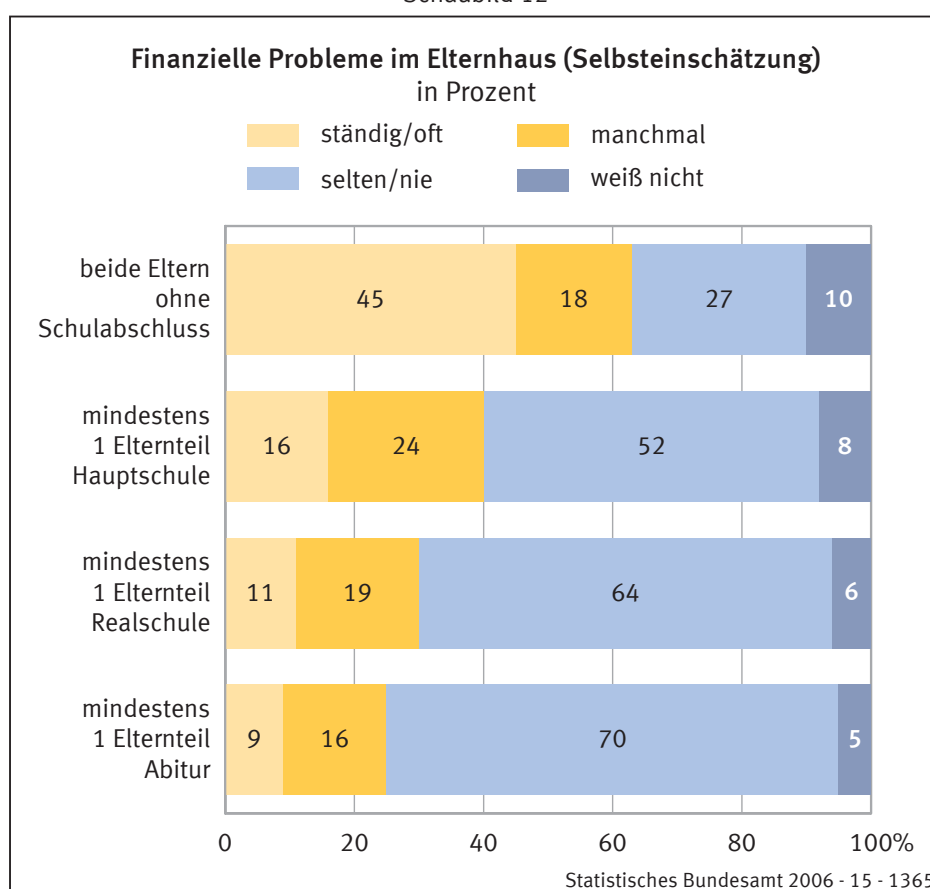
Zu berücksichtigen ist zudem, dass es in der betrachteten Elterngeneration je nach Geburtskohorte der Befragten eine zum Teil deutlichere Diskrepanz zwischen Männer- und Frauenschulbildung gibt als in der jeweiligen Kohorte der Befragten selbst. In der Forschung wird daher oft, um das Bildungsniveau der Eltern insgesamt zu definieren, der Bildungsabschluss des Vaters herangezogen. In der vorliegenden Analyse wurde stattdessen der jeweils höchste Schulabschluss der beiden Elternteile zugrunde gelegt. Dabei zeigt sich, dass es relativ irrelevant ist, welchen Schulabschluss die Eltern haben – allein das Vorhandensein eines Schulabschlusses bei mindestens einem Elternteil reduziert die derzeitige Armutsgefährdungsquote der (heute erwachsenen) Kinder auf etwa 10%. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Hauptschul-, Realschulabschluss oder das Abitur handelt. Personen, deren Eltern hingegen beide keinen Schulabschluss vorweisen können, sind als Erwachsene heute mit 27% erheblich stärker armutsgefährdet.

Eine weitere Frage zur Lebenssituation im Elternhaus betrifft die finanzielle Situation beziehungsweise mögliche finanzielle Probleme. Die Befragten sollten einschätzen, wie häufig zum Zeitpunkt, als sie selbst 14 Jahre alt waren, im Elternhaus finanzielle Probleme vorlagen. Die Einschätzung der Häufigkeit der finanziellen Probleme erfolgte auf einer Skala von eins bis fünf. Zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei um die Selbsteinschätzung der Befragten handelt, noch dazu retrospektiv über einen

Zeitpunkt, der möglicherweise Jahrzehnte zurückliegt. Das Ergebnis ist daher nicht in gleichem Maße zuverlässig, wie das im Rahmen von LEBEN IN EUROPA sehr differenziert erhobene Einkommen im Jahr 2004. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass je nachdem, wann die Befragten 14 Jahre alt waren (zum Beispiel Nachkriegszeit, 1980er Jahre), „finanzielle Probleme“ im jeweils gültigen gesellschaftlichen Kontext eine unterschiedliche Bedeutung erfahren können.

Auffällig ist, dass es auch hier einen offenkundigen Zusammenhang mit dem Bildungsniveau der Eltern gibt. Fast in jedem zweiten Haushalt ohne Schulabschluss gab es ständig oder oft finanzielle Probleme, jedoch nur in jedem zehnten Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil Abitur hatte. Dagegen hatten 70% aller Haushalte, in denen zumindest ein Elternteil Abitur hatte, selten oder nie finanzielle Probleme.

Schaubild 12

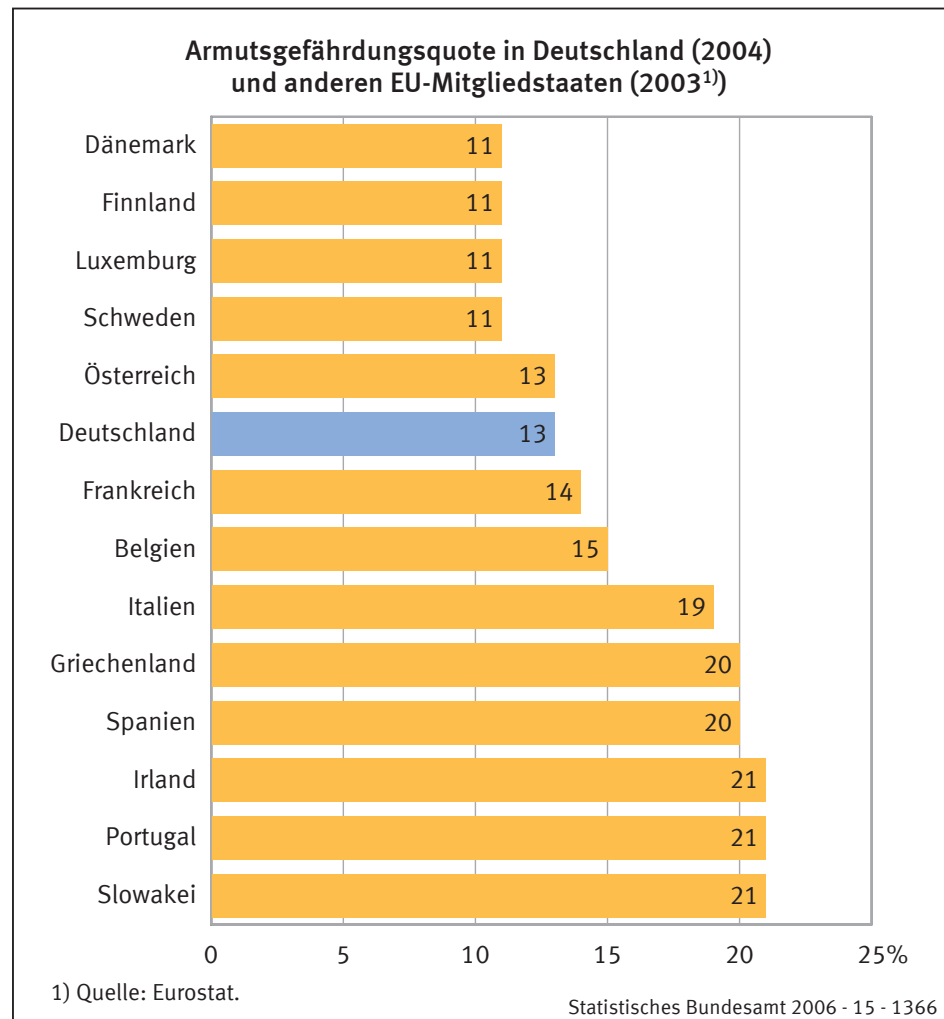


4.2.7 Armutsgefährdung im internationalen Vergleich

Für das Jahr 2004 liegen derzeit noch keine Vergleichszahlen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten vor. Um einen groben Eindruck zu vermitteln, wie Deutschland im EU-Vergleich positioniert ist, vergleicht Schaubild 13 die Armutsgefährdungsquote von Deutschland des Jahres 2004 mit den Quoten anderer Mitgliedstaaten des Jahres 2003. Eine niedrigere Armutsgefährdungsquote als Deutschland mit 13% weisen dabei beispielsweise Schweden, Finnland, Dänemark und Luxemburg auf (jeweils 11%). Auf ähnlichem Niveau wie Deutschland liegen Österreich (13%), Frankreich (14%) und Belgien (15%). Einen deutlich höheren Anteil an armutsgefährdeten Personen weisen dagegen zum Beispiel Italien, Spanien und Portugal auf, bei denen die Werte bei etwa 20% liegen. Zu beachten ist, dass in der Abbildung nur diejenigen Länder enthalten sind, für die vergleichbare Daten für das Jahr 2003 vorliegen.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei der Armutsgefährdung etwa im Mittelfeld

Schaubild 13



Wichtig zum Verständnis der dargestellten Quoten ist der Hinweis, dass die Armutsgefährdungsquote bei internationalen Vergleichen keine Rückschlüsse auf das Wohlstandsniveau in den einzelnen Ländern zulässt. Betrachtet man nur die Armutsgefährdungsquote, so sagt diese (als relatives Armutsmaß) vor allem etwas über die Einkommensungleichheit eines Landes aus. Eine niedrige Armutsgefährdungsquote bedeutet aber nicht in jedem Fall, dass es in diesem Land ein besonders hohes Wohlstandsniveau gibt, sondern lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung „ärmer“ ist als die übrige Bevölkerung.

4.3 Wie leben Menschen, die von Armut betroffen sind?

In Kapitel 4.2 wurde das Ausmaß der Armutsgefährdung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen dargestellt. Diese Merkmale (zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder fehlender Bildungsabschluss) geben Anhaltspunkte, welche dieser Gruppen aufgrund der Höhe ihres verfügbaren Einkommens als armutsgefährdet gelten können. Zu beachten ist dabei, dass das verfügbare Einkommen immer nur ein indirektes Maß für den tatsächlichen Lebensstandard bestimmter Personen sein kann. Bei gleichem Einkommen kann sich der Lebensstandard stark unterscheiden, je nachdem, ob eine Person beispielsweise auf dem Land oder in einem Ballungsraum wohnt. Aus dem gleichen Grund können Personen mit gleichem Einkommen auch eine unterschied-

liche Wahrnehmung ihrer materiellen Situation aufweisen. Monetäre Armut führt nicht automatisch zu einer Einschränkung bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, der sogenannten sozialen Ausgrenzung. Beispiel hierfür sind allein lebende Studierende, die zwar mehrheitlich armutsgefährdet sind, aber gewiss nicht immer als sozial ausgegrenzt bezeichnet werden können. Umgekehrt kann soziale Ausgrenzung auch bei Personen beobachtet werden, deren verfügbares Einkommen nicht unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt (zum Beispiel Personen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen ausgegrenzt werden).

Um ein vollständiges Bild der tatsächlichen Lebensbedingungen armutsgefährdeter Menschen und der sozialen Ausgrenzung in einem Land zu erhalten, müssen daher neben dem verfügbaren Einkommen auch die Einschränkungen im alltäglichen Leben betrachtet werden, die zu sozialer Ausgrenzung führen können. LEBEN IN EUROPA enthält neben der differenzierten Messung des Einkommens auch eine Reihe von Fragen zu wichtigen Lebensbereichen, wie zum Beispiel Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheit, eigene Wahrnehmung der finanziellen Situation sowie Zugang zu langlebigen Gebrauchsgütern. In diesem Kapitel soll gezeigt werden, inwieweit armutsgefährdete Menschen in den genannten Bereichen in ihrem täglichen Leben Einschränkungen erfahren.

4.3.1 Wohnung und Wohnumfeld

Einschränkungen im Wohnumfeld und in der Wohnungsqualität können das alltägliche Leben, insbesondere von Mehrpersonenhaushalten, erheblich beeinträchtigen. Die Qualität einer Wohnung und deren Umfeld lassen sich jedoch nur recht schwer objektiv messen. Sie unterliegen vielmehr der subjektiven Einschätzung der jeweiligen Personen. Für LEBEN IN EUROPA wurde daher eine Reihe von Merkmalen der Wohnung und des Wohnumfeldes ausgewählt, bei denen davon ausgegangen wird, dass diese für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe erreichbar sein sollten.

Ein gut messbares Merkmal ist zunächst das Verhältnis der Wohnungsgröße zur Zahl der darin wohnenden Personen. In Deutschland leben 5% aller Personen in Wohnungen mit weniger als 20 Quadratmeter pro Person (in Deutschland gibt es jedoch keine offizielle Definition einer angemessenen Wohnungsgröße pro Person). Betrachtet man nur die Armutsgefährdeten, so haben 11% weniger als 20 Quadratmeter pro Person zur Verfügung. Dabei ist die Raumknappheit in Städten deutlich stärker ausgeprägt als im ländlichen Raum. So haben 14% der Armutsgefährdeten in Städten weniger als 20 Quadratmeter pro Person zur Verfügung, im ländlichen Raum sind es nur 6%.

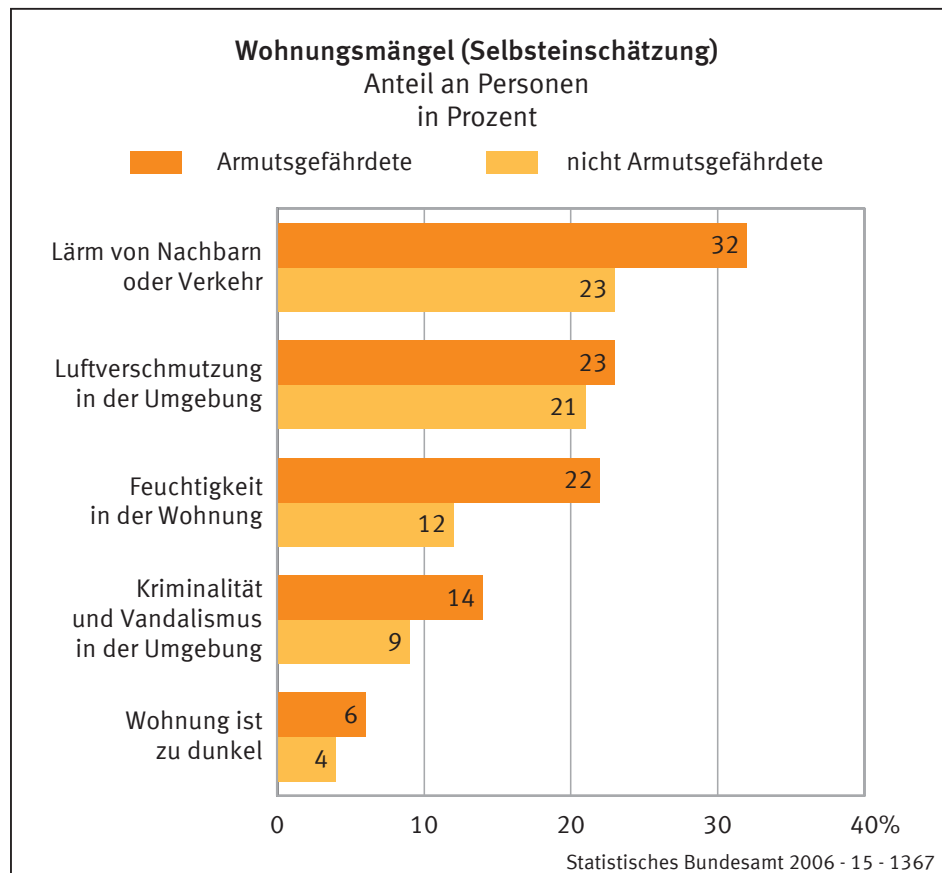
Relevanter als die Wohnungsgröße sind allerdings die qualitativen Merkmale von Wohnung und Umgebung. Danach nehmen 14% aller Armutsgefährdeten in ihrer Wohnumgebung Kriminalität oder Vandalismus wahr, aber nur 9% der nicht Armutsgefährdeten. Jede/r dritte Armutsgefährdete klagt über Lärm im Wohnungsumfeld (zum Beispiel Verkehrslärm oder Lärm durch Nachbarn), aber nur jede vierte Person, die nicht armutsgefährdet ist.

Ein besonders gravierender Aspekt von Wohnungsmängeln liegt bei 22% der armutsgefährdeten Personen vor: In ihrer Wohnung gibt es Feuchtigkeit, zum Beispiel feuchte Wände, ein undichtes Dach oder Fäulnis in den Fensterrahmen. Diese Probleme beklagen nur 12% der nicht Armutsgefährdeten.

Jede fünfte armutsgefährdete Person lebt in einer feuchten Wohnung

Schaubild 14 zeigt, dass insbesondere Wohnungsmängel, die den baulichen Zustand der Wohnung betreffen (zum Beispiel Feuchtigkeit), zu einem deutlich höheren Anteil armutsgefährdete Personen betreffen. Auch die das Umfeld betreffenden Problem-

Schaubild 14



felder „Lärm“ und „Kriminalität“ findet man verstärkt bei dieser Personengruppe, wohingegen eine zu dunkle Wohnung oder die Verschmutzung der Luft von beiden Gruppen ähnlich wahrgenommen wird.

4.3.2 Privater Konsum: Was kann man sich leisten?

Noch größere Unterschiede zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Personen finden sich, wenn man betrachtet, ob man sich bestimmte grundlegende Dinge des täglichen Lebens leisten kann. Können sich Personen zum Beispiel eine warme Wohnung im Winter oder regelmäßig eine hochwertige Mahlzeit nicht leisten, so ist dies ein Hinweis auf mögliche soziale Ausgrenzung. Gerade bei den Möglichkeiten zum Konsum zeigen sich massive Unterschiede zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Personen.

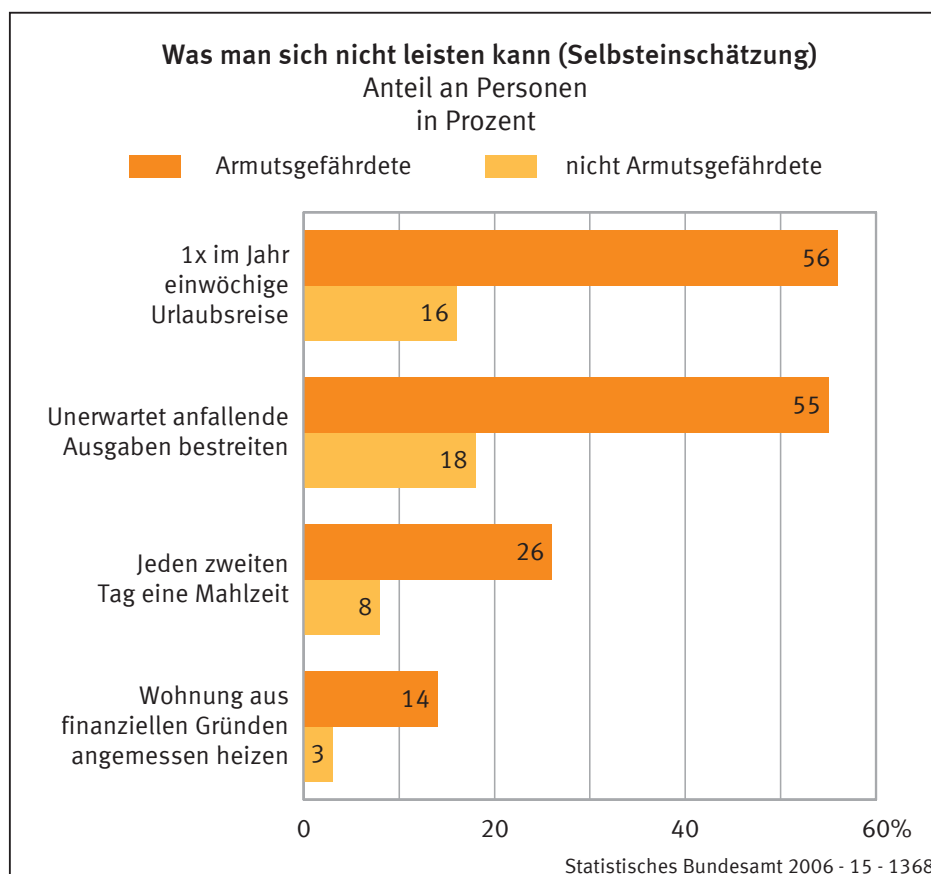
14% der armutsgefährdeten Menschen sparen an der Heizung, 26% sogar an den Mahlzeiten

Während 3% der Personen, die als nicht armutsgefährdet gelten, ihre Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen heizen können, müssen 14% der Armutsgefährdeten im Winter an der Heizung sparen. 26% der Armutsgefährdeten können sich nicht mindestens jeden zweiten Tag eine hochwertige Mahlzeit leisten. Von den nicht Armutsgefährdeten gaben dies nur 8% an.

Unter einer „hochwertigen Mahlzeit“ ist eine Mahlzeit mit Fleisch oder Fisch beziehungsweise eine hochwertige vegetarische Mahlzeit zu verstehen, unabhängig davon, ob diese selbst gekocht oder in einer Kantine, Restaurant oder Ähnlichem eingenommen wird. Keine „hochwertige Mahlzeit“ sind Fast Food (Imbissessen), Chips, Schokoriegel etc.

Auch bei Ausgaben, die in größeren Abständen anfallen, sind armutsgefährdete Personen sichtbar benachteiligt. Einmal jährlich eine einwöchige Ferienreise können sich 56% der Armutsgefährdeten nicht leisten. Bei den nicht armutsgefährdeten sind es nur 16%. Ebenso hoch ist die Diskrepanz, wenn es darum geht, eine unerwartet anfallende Ausgabe zu tätigen, wie zum Beispiel eine defekte Waschmaschine zu ersetzen. Nur 45% der Armutsgefährdeten geben an, eine solche unvorhergesehene Anschaffung tätigen zu können. Bei den nicht Armutsgefährdeten trifft dies auf 82% der Personen zu.

Schaubild 15



Während der Verzicht auf eine Urlaubsreise zwar eine Einschränkung der sozialen Teilhabe, aber möglicherweise keine existenzielle Einschränkung darstellt, sind insbesondere der Verzicht auf angemessene Heizung und auf regelmäßige hochwertige Mahlzeit Einschränkungen, die sich nicht nur auf die subjektiv empfundene Lebensqualität, sondern auch auf die Gesundheit auswirken können. Dies trifft in gleichem Maße auch auf qualitativ minderwertige Wohnungen zu, zum Beispiel bei Feuchtigkeit und daraus resultierendem Schimmel in der Wohnung oder bei Gesundheitsgefährdungen durch Lärm.

4.3.3 Gesundheitszustand

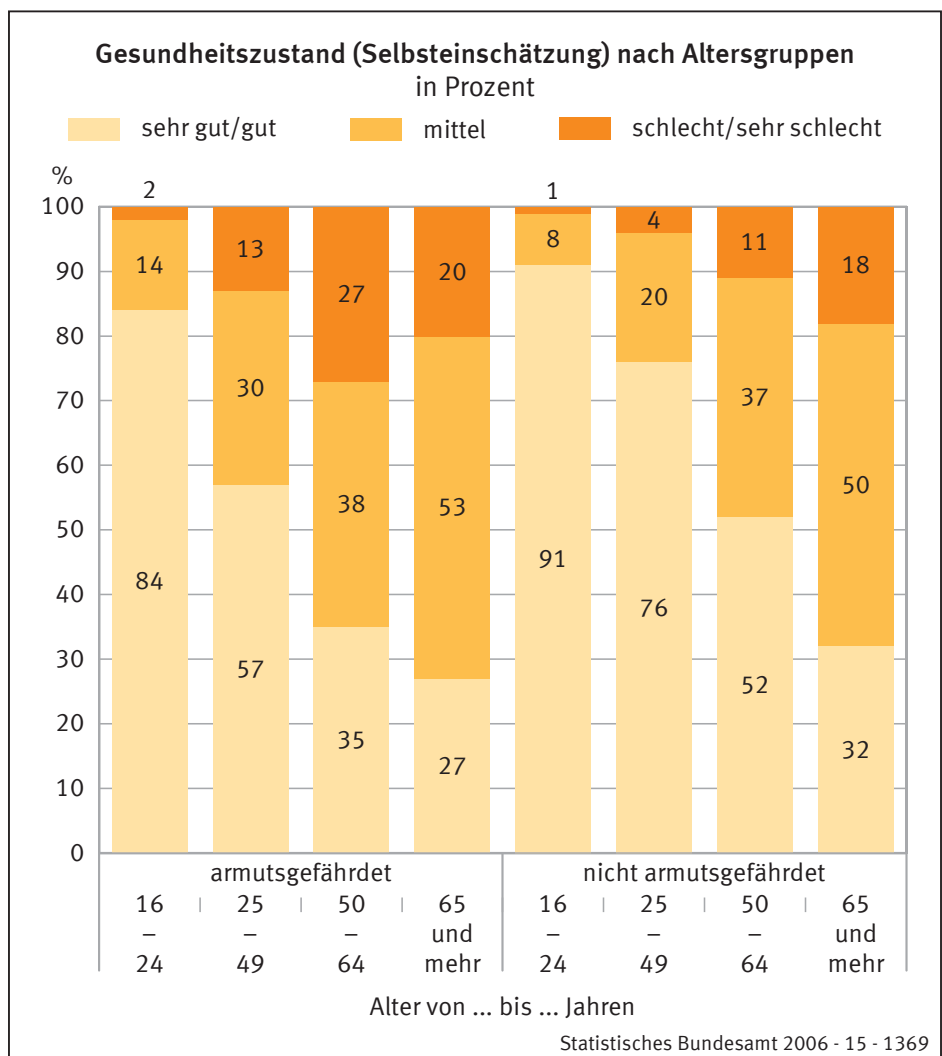
Vor dem Hintergrund von potenziell gesundheitschädlichen Auswirkungen von armutsgefährdeten Lebenslagen im Hinblick auf Wohnbedingungen und Ernährung, lohnt es sich, einen Blick auf den Gesundheitszustand der Menschen zu werfen. Dabei geht es zunächst um die Frage, wie die eigene Gesundheit selbst wahrgenommen wird, unabhängig von tatsächlich vorhandenen Krankheiten. In eine solche Selbstein-

Armutsgefährdete Menschen schätzen ihre Gesundheit deutlich schlechter ein als nicht armutsgefährdete

schätzung geht neben „objektiven“ Krankheitsbildern auch die subjektive Wahrnehmung der eigenen Gesundheit ein. Für die Frage der sozialen Ausgrenzung ist jedoch diese subjektive Wahrnehmung ebenso von Interesse wie konkrete Erkrankungen.

Armutsgefährdete Personen haben durchweg eine schlechtere Einschätzung der eigenen Gesundheit als nicht armutsgefährdete. Dies trifft vor allem auf die mittleren Altersgruppen von 25 bis 49 Jahren und von 50 bis 64 Jahren zu. In beiden Gruppen liegt bei den Armutsgefährdeten der Anteil derer, die ihre Gesundheit als „gut oder sehr gut“ einschätzen, um etwa 20 Prozentpunkte niedriger als bei den nicht Armutsgefährdeten (57% gegenüber 76% beziehungsweise 35% gegenüber 52%). Entsprechend ist dort jeweils der Anteil derer, die „schlecht oder sehr schlecht“ angaben, knapp drei Mal so hoch (13% gegenüber 4% beziehungsweise 27% gegenüber 11%). Bei den Personen unter 25 Jahren sowie über 64 Jahren fällt die Gesundheitseinschätzung bei Armutsgefährdeten und nicht Armutsgefährdeten dagegen fast identisch aus (vergleiche Schaubild 16). Dies deutet darauf hin, dass hier das biologische Alter einen stärkeren Einfluss auf die Gesundheit (und deren Wahrnehmung) hat als die armutsgefährdete Lebenslage und gegebenenfalls damit zusammenhängende gesundheitsschädliche Lebensbedingungen.

Schaubild 16



Dabei schätzen die ostdeutschen Armutsgefährdeten ihren Gesundheitszustand generell etwas besser ein als die Armutsgefährdeten in Westdeutschland, und zwar vor allem in den Altersgruppen der 16- bis 49-Jährigen, während sich die Gesundheitseinschätzung der nicht Armutsgefährdeten in West und Ost weder insgesamt noch in den Altersgruppen unterscheidet.

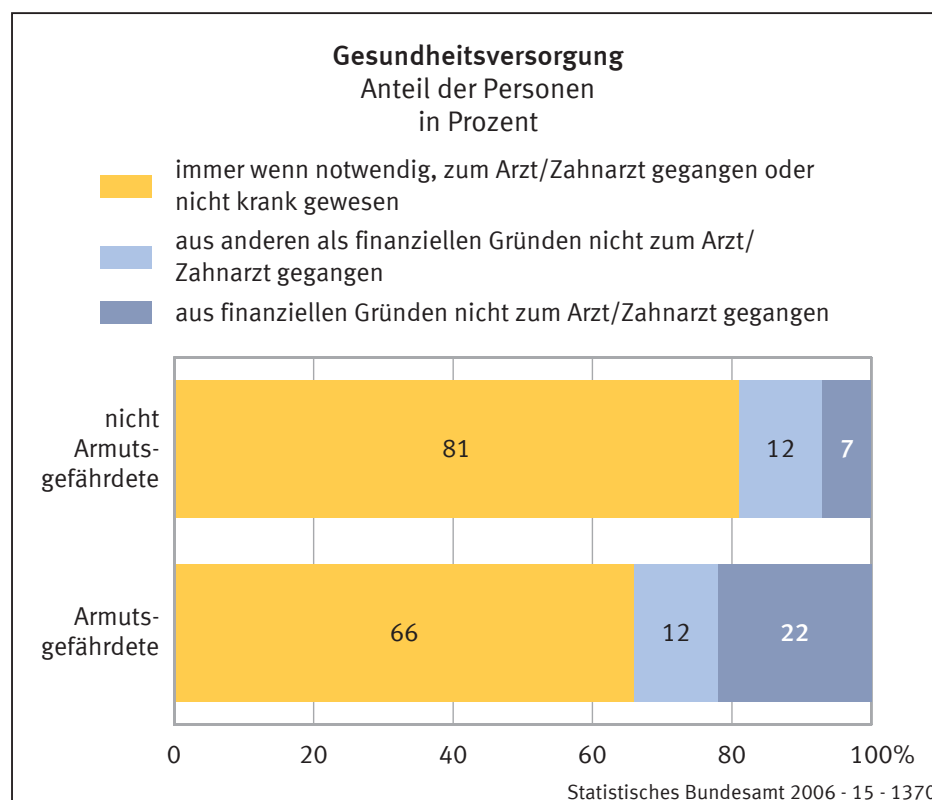
Aber auch der Bildungsabschluss spielt eine Rolle, wenn es um die Beurteilung der eigenen Gesundheit geht. Von allen Armutsgefährdeten mit Hauptschulabschluss geben 35% an, eine gute oder sehr gute Gesundheit zu haben, bei den Armutsgefährdeten mit Abitur sind es hingegen 64%.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab, wenn es um das Vorhandensein von chronischen Krankheiten oder gesundheitlichen Einschränkungen im Alltagsleben geht, wenngleich hier die Unterschiede zwischen Armutsgefährdeten und nicht Armutsgefährdeten nicht ganz so groß sind. 56% der Armutsgefährdeten und 44% der nicht Armutsgefährdeten leiden unter einer chronischen Krankheit oder fühlen sich durch Gesundheitsprobleme im Alltag eingeschränkt. Dies kann auf eine Einschränkung chronisch Kranker am Erwerbsleben oder auch als ein Indiz auf einen ungleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung interpretiert werden, der in LEBEN IN EUROPA ebenfalls anhand weniger Fragen untersucht worden ist.

4.3.4 Gesundheitsversorgung

Im Zuge der letzten Gesundheitsreform sind die Leistungen, die von gesetzlich Versicherten selbst zu zahlen sind, deutlich angestiegen. Als Beispiele sind hier die 2004 neu eingeführte Praxisgebühr, aber auch höhere Zuzahlungen zu Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln zu nennen. Gerade für Personen mit niedrigem Einkommen wurde

Schaubild 17



immer wieder hinterfragt, ob hierdurch Arztbesuche und medizinische Versorgung weniger oder gar nicht mehr wahrgenommen werden und sich dies auf lange Sicht negativ auf den Gesundheitszustand dieser Personengruppe auswirken könnte.

Die vorliegenden Daten aus LEBEN IN EUROPA deuten darauf hin, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Armutsgefährdung und dem Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen besteht. Der Anteil der Personen, die trotz gesundheitlicher Probleme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung mindestens ein Mal auf einen Besuch bei Arzt oder Zahnarzt verzichtet haben, ist unter den Armutsgefährdeten fast doppelt so hoch wie unter den nicht Armutsgefährdeten (28% gegenüber 15% beim Verzicht auf Arztbesuch, 23% gegenüber 11% beim Verzicht auf Zahnarztbesuch).

Der mit weitem Abstand am häufigsten genannte Grund für den Verzicht auf die Behandlung sind die entstehenden Kosten wie Praxisgebühr, Zuzahlungen oder andere Behandlungskosten. Betrachtet man nur diejenigen Personen, die tatsächlich auf den Arzt- oder Zahnarztbesuch verzichtet haben, so wurde dieser Grund sowohl von Armutsgefährdeten als auch von nicht Armutsgefährdeten genannt, von den Armutsgefährdeten jedoch deutlich häufiger als von den nicht armutsgefährdeten Personen (64% gegenüber 39%).

Jede/r fünfte Armutsgefährdete verzichtet aus Kostengründen auf notwendige Arztbesuche

Bezogen auf die Gesamtzahl aller Armutsgefährdeten bedeutet dies, dass 22% der Armutsgefährdeten sich einen notwendigen Arzt- oder Zahnarztbesuch nicht leisten können (gegenüber 7% der nicht Armutsgefährdeten).

4.3.5 Finanzielle Probleme

Bei Personen in armutsgefährdeten Lebenslagen liegt die Vermutung nahe, dass die finanzielle Situation generell problematischer bewertet wird. Daher wurde bei LEBEN IN EUROPA neben dem tatsächlichen Einkommen auch nach der subjektiven Einschätzung der finanziellen Lage gefragt. Diese Einschätzung berücksichtigt im Gegensatz zur Messung des absoluten Einkommens auch die Unterschiede im Finanzbedarf in verschiedenen Lebensphasen oder der spezifischen Lebenssituation. Im Rahmen von LEBEN IN EUROPA werden die allgemeine Einschätzung des „Auskommens mit dem Einkommen“, der Belastung durch die Wohnkosten sowie, wo dies zutrifft, durch die Tilgung von Konsumentenkrediten gesondert betrachtet.

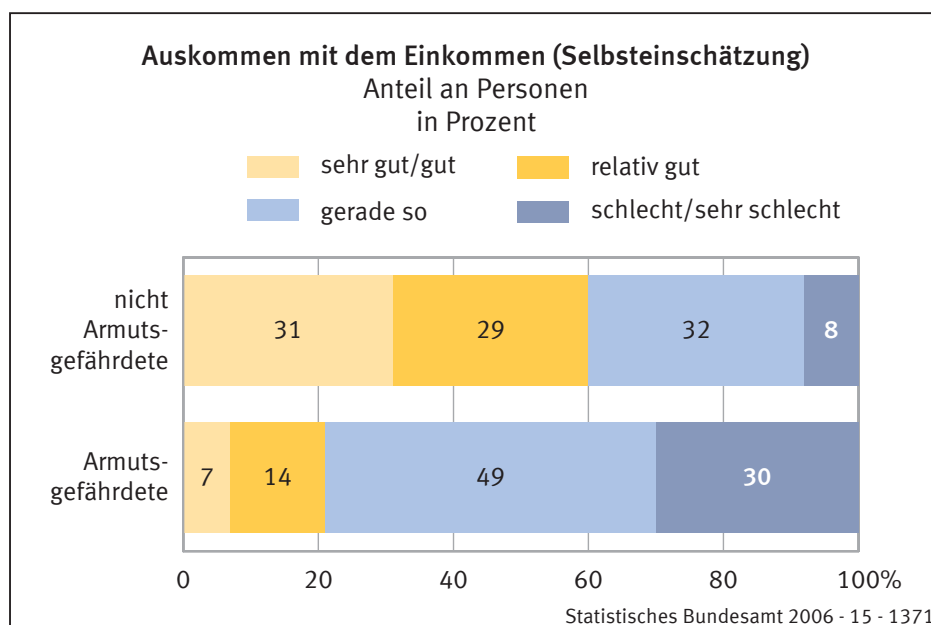
Vier von fünf Armutsgefährdeten kommen mit dem Einkommen „gerade so“, „schlecht“ oder „sehr schlecht“ zurecht

Die allgemeine Einschätzung, wie man mit dem monatlichen Einkommen auskommt, zeigt erwartungsgemäß große Diskrepanzen zwischen Armutsgefährdeten und nicht Armutsgefährdeten. Dabei handelt es sich um die subjektive Einschätzung, wie der Haushalt mit dem Einkommen zurechtkommt (vergleiche Schaubild 18). Knapp 80% der armutsgefährdeten Personen leben in Haushalten, die mit dem monatlichen Einkommen „gerade so“, „schlecht“ oder „sehr schlecht“ zurechtkommen. Bei den nicht Armutsgefährdeten trifft dies auf immerhin 40% der Personen zu. Noch größere Unterschiede gibt es beim Anteil derer, die mit dem Einkommen „schlecht“ oder „sehr schlecht“ zurechtkommen (30% gegenüber 8%)

Weniger ausgeprägt, aber immer noch deutlich, sind die Unterschiede hinsichtlich der Selbsteinschätzung zur finanziellen Belastung durch die Wohnkosten. 37% der Armutsgefährdeten und 22% der nicht Armutsgefährdeten leben in Haushalten, in denen die Wohnkosten als starke Belastung angesehen werden. Dagegen stellen bei 13% der Armutsgefährdeten und 18% der nicht Armutsgefährdeten die Wohnkosten überhaupt keine Belastung dar. Dabei könnten staatliche Unterstützungsleistungen bei den Wohnkosten eine Rolle spielen. Dies spiegelt sich auch in folgendem Ergebnis: Nur ein vergleichsweise geringer Bevölkerungsanteil lebt in Haushalten, die mit

der Miete oder den Nebenkosten (zum Beispiel Strom, Wasser oder Gas) im Rückstand sind (6% beziehungsweise 7% der Armutsgefährdeten und jeweils 2% der nicht Armutsgefährdeten).

Schaubild 18



Als relativ hohe Belastung wird auch die Rückzahlung von Raten- und Konsumentenkrediten von Armutsgefährdeten und nicht Armutsgefährdeten gleichermaßen empfunden. Insgesamt müssen 28% der nicht Armutsgefährdeten und 21% der Armutsgefährdeten Kredite zurückzahlen, die nicht in Zusammenhang mit ihrer selbst genutzten Wohnung stehen, wobei 80% der betroffenen nicht Armutsgefährdeten und 93% der betroffenen Armutsgefährdeten die Rückzahlung dieser Kredite als Belastung ansehen.

4.3.6 Erzwungener Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter

Der erzwungene Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter wie Auto, Fernseher oder Computer kann als ein weiteres Indiz für soziale Ausgrenzung gewertet werden. Daher wurde im Rahmen von LEBEN IN EUROPA für eine Reihe von Gegenständen gefragt, ob diese im Haushalt vorhanden sind oder ob der Haushalt auf diese Gegenstände aus finanziellen Gründen verzichten muss.

Auch von den armutsgefährdeten Personen muss kaum jemand auf Telefon, Fernseher oder eine eigene Waschmaschine verzichten. Nur jeweils 2% beziehungsweise 3% leben in Haushalten, die sich diese Dinge nicht leisten können. Anders sieht es beim Besitz eines Computers aus. 21% der armutsgefährdeten, aber nur 4% der nicht armutsgefährdeten Personen leben in Haushalten, die aus finanziellen Gründen keinen Computer besitzen. Da ein Computer im Anschaffungspreis nur geringfügig teurer ist als eine Waschmaschine oder ein Fernseher, liegen hier möglicherweise vielschichtigere Gründe vor, warum der PC von armutsgefährdeten Personen nicht angeschafft wird – das „sich leisten können“ ist hier möglicherweise nur einer von mehreren Gründen, die sich überlagern. Beispielsweise hängt die Anschaffung eines Computers unabhängig von der finanziellen Lage mit dem Bildungsabschluss zusammen: Armutsgefährdete Personen mit Abitur können sich nur zu 12% keinen

Auf Telefon und Fernseher muss kaum jemand aus finanziellen Gründen verzichten

27% der armutsgefährdeten Menschen leben in Haushalten, die sich kein Auto leisten können

PC leisten, bei armutsgefährdeten Personen mit Hauptschulabschluss sind es 30%. Je höher die formale Bildung ist, desto wichtiger wird – bei ähnlich niedrigem Einkommen – offenbar die Anschaffung des PCs eingeschätzt.

Am deutlichsten wird der Verzicht auf Gebrauchsgüter beim privaten Pkw. 27% der Armutsgefährdeten leben in Haushalten, die sich kein Auto leisten können. Bei den nicht Armutsgefährdeten sind es nur 5%, die aus finanziellen Gründen keinen Pkw besitzen.

5. Methodische Grundlagen

LEBEN IN EUROPA ist eine Haushaltsbefragung, die seit 2005 in Deutschland durchgeführt wird. Die Statistik soll als neue Standardquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verwendet werden. Um vergleichbare Daten zu erhalten, gelten EU-weit einheitliche Definitionen und verbindliche Mindeststandards. Diese lassen aber innerhalb der Mitgliedstaaten Spielräume zur Ausgestaltung der nationalen Befragungen. Gestaltungsmöglichkeiten existieren beispielsweise in Bezug auf die Details des Stichprobendesigns, die Erhebungsinstrumente sowie die Feldarbeit und die Datenaufbereitung.

Vor der erstmaligen Erhebung von LEBEN IN EUROPA in Deutschland wurde in umfangreichen Testerhebungen unter anderem geprüft, ob eine Nutzung vorhandener nationaler Datenquellen für eine Datenbereitstellung in Frage kommt. Die Testerhebungen zeigten jedoch, dass aufgrund der komplexen Anforderungen an das Erhebungsinstrument, das sowohl einer nationalen als auch einer europäischen Datenbereitstellung dienen müsste, die Einbindung vorhandener nationaler Datenquellen nicht realisierbar ist. Letztendlich hätte diese zu einer unangemessen hohen Belastung der Befragten geführt und die Qualität der zu erwartenden Ergebnisse gefährdet.

Vor diesem Hintergrund hat sich die deutsche amtliche Statistik für eine eigenständige Erhebung von LEBEN IN EUROPA entschieden. Entsprechend dem föderalen Aufbau der amtlichen Statistik in Deutschland, übernimmt das Statistische Bundesamt dabei (in Abstimmung mit den Statistischen Ämtern der Länder) die methodische und technische Vorbereitung sowie die Zusammenstellung, Darstellung, Analyse und Veröffentlichung der Bundesergebnisse, während den Statistischen Ämtern der Länder die organisatorische und termingemäße Durchführung der Datenerhebung und der Datenerfassung sowie die Weiterleitung der Daten an das Statistische Bundesamt obliegt.

5.1 Stichprobe

Grundgesamtheit von LEBEN IN EUROPA sind private Haushalte in Deutschland am Hauptwohnsitz sowie die darin lebenden Personen. Ausgenommen sind Personen in Anstaltshaushalten (zum Beispiel Wohnheime für Studierende oder pflegebedürftige Menschen) und Personen ohne festen Wohnsitz.

Die Stichprobe für die Erhebung muss in allen Mitgliedstaaten grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen werden. Die Auswahlgrundlage für die Stichprobe im ersten Erhebungsjahr von LEBEN IN EUROPA besteht zu einem Teil aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE), einer freiwilligen Kooperation zwischen privaten Haushalten und der amtlichen Statistik. HAUSHALTE HEUTE ist eine Auswahlgrundlage von Haushalten, die sich bereit erklärt haben, von Zeit zu Zeit an Befragungen der amtlichen Statistik teilzunehmen. Grundlage von HAUSHALTE HEUTE ist der Mikrozensus, die größte Bevölkerungsbefragung in Deutschland. Im Mikrozensus werden jährlich rund 390 000 Haushalte mit rund 830 000 Personen befragt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Mikrozensus werden nach Abschluss des letzten Mikrozensusinterviews gefragt, ob sie bereit sind, an HAUSHALTE HEUTE teilzunehmen. Da die Haushalte aus dem auf einer Zufallsauswahl beruhenden Mikrozensus angeworben werden, können Stichproben auf Basis von HAUSHALTE HEUTE als Zufallsauswahl betrachtet werden.

HAUSHALTE HEUTE wird seit 2004 bundesweit aufgebaut, deshalb konnte die Gesamtstichprobe für LEBEN IN EUROPA im Erhebungsjahr 2005 nicht in vollem Umfang aus

dieser Auswahlgrundlage abgedeckt werden. Zu einem Teil besteht die Stichprobe daher aus Haushalten, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik teilgenommen haben. Letztere wurden hinsichtlich ausgewählter Quotierungsmerkmale entsprechend den Anteilswerten in der Gesamtbevölkerung in die Stichprobe einbezogen. In den kommenden Erhebungsjahren wird der Anteil dieser Haushalte sukzessive reduziert. Ab dem Erhebungsjahr 2008 wird ausschließlich HAUSHALTE HEUTE als Auswahlgrundlage dienen.

Für LEBEN IN EUROPA 2005 wurden über 13 000 Haushalte befragt, von denen rund 4 000 Haushalte als Zufallsstichprobe und die anderen rund 9 000 Haushalte als Quotenstichprobe gewonnen wurden. Die Gesamtstichprobe wird nach folgenden Merkmalen geschichtet:

1. Haushaltstyp
2. Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers
3. Haushaltsnettoeinkommen
4. Bundesland

LEBEN IN EUROPA ist ein Rotationspanel, das heißt dieselben Haushalte werden in vier aufeinander folgenden Jahren befragt. Jedes Jahr wird ein Viertel der Stichprobe durch ein neues Viertel ausgetauscht, wobei jedes Viertel repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist. Durch die Wiederholungsbefragung werden ab dem kommenden Jahr auch Auswertungen im Längsschnitt möglich sein, zum Beispiel hinsichtlich der Frage, wie lange Haushalte von Armut bedroht sind.

5.2 Erhebungsdesign

LEBEN IN EUROPA wird vollständig als schriftliche Befragung durchgeführt, das heißt es kommen keine Interviewerinnen oder Interviewer zum Einsatz, sondern die gesamte Feldarbeit wird von den Statistischen Ämtern der Länder auf postalischem Weg vorgenommen. Aufgrund der besonderen Analyseziele „Armut“ und „soziale Ausgrenzung“ hat die mehrfache Kontaktierung von schwer zu rekrutierenden Haushalten, zu denen erfahrungsgemäß auch Niedrigeinkommenshaushalte und spezifische soziale Gruppen (wie zum Beispiel Alleinerziehende) zählen, einen besonders hohen Stellenwert. Die Befragung der Haushalte erfolgte im zweiten Quartal 2005.

Die Durchführung als schriftliche Befragung stellt besondere Anforderungen an die Erhebungsunterlagen. Inhaltlich decken die Fragebogen die EU-weit verbindlich zu liefernden Informationen ab. Die Gestaltung der Erhebungsunterlagen orientierte sich (wie auch die Planung der Feldarbeit) unter anderem an der international gebräuchlichen „Tailored Design Method“. Die Erhebungsunterlagen wurden sowohl in eigenen Testerhebungen der amtlichen Statistik als auch in kognitiven Pretests in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) getestet und anschließend überarbeitet. Besonderes Augenmerk galt dabei der Erfassung unterschiedlichster Einkommensarten, die besonders detailliert erhoben werden müssen und für die Befragten entsprechend schwierig zu beantworten sind. In den Testerhebungen wurde dazu ein entsprechendes Fragebogendesign entwickelt.

Es gibt zwei Erhebungsunterlagen: Für Fragen zum Haushalt als Ganzes wird ein Haushaltsfragebogen verwendet, für Fragen zu den im Haushalt lebenden Personen ab 16 Jahren wird ein separater Personenfragebogen eingesetzt. Jede Person ab 16 Jahren erhält einen eigenen Fragebogen, der eigenhändig ausgefüllt werden sollte, um möglichst genaue Angaben aus „erster Hand“ zu erhalten.

5.3 Datenaufbereitung

Die Durchführung der Datenerhebung sowie die Erfassung und Prüfung der Daten erfolgten in den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder und zwar mittels einer vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelten Software, die die Einhaltung bundesweit einheitlicher Standards gewährleistet. In das Datenerfassungsprogramm sind dialoggestützte Plausibilitätskontrollen eingebunden. Ziel der mehrstufigen Plausibilitätskontrollen ist die Identifikation fehlender, inkonsistenter oder unplausibler Datensätze.

Die gesetzlichen Regelungen zu LEBEN IN EUROPA sehen vor, dass fehlende Einkommensangaben nachträglich durch geeignete statistische Methoden zu schätzen sind (Imputation). Dies ist erforderlich, da die meisten Auswertungen das verfügbare Einkommen insgesamt betrachten und daher fehlende Werte bei Teilkomponenten des Gesamteinkommens zu erheblichen Verzerrungen führen würden. Um fehlende Einkommensangaben durch geschätzte Angaben zu ersetzen, wurde ein Set auf die verschiedenen Fragestellungen zugeschnittener Imputationsverfahren entwickelt. Dabei sieht das EU-weit einheitliche Einkommenskonzept vor, dass auch negative Einkommen erfasst werden können, die durch Steuernachzahlungen oder Verluste aus selbstständiger Tätigkeit zustande kommen können.

Die erhobenen Daten wurden anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2004 auf die Bevölkerung in privaten Haushalten der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienten auf Haushaltsebene das Haushaltsnettoeinkommen, der Haushaltstyp, die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers sowie die Haushaltsgröße, auf Personenebene unter anderem das Geschlecht und das Alter.

5.4 Bezüge zu anderen Erhebungen (Kohärenz)

Die im Rahmen von LEBEN IN EUROPA erfassten Merkmale werden teilweise in ähnlicher Form auch in anderen Statistiken erfasst. Einige der Angaben in dieser Broschüre können daher in ähnlicher Form auch aus Veröffentlichungen von anderen Statistiken gewonnen werden. Hierzu zählen beispielsweise die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die Einkommensteuerstatistik und die Sozialhilfestatistik sowie – im Bereich der nicht-amtlichen Umfragen – das Sozio-ökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Schließlich bieten auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Reihe von Angaben, die ähnlich auch aus LEBEN IN EUROPA ermittelt werden können. Vergleicht man die Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen zu einem ähnlichen Sachverhalt, so wird es teilweise zu Abweichungen kommen.

Solche Abweichungen können unterschiedliche Gründe haben und sind grundsätzlich kein Indiz für die mangelnde Zuverlässigkeit der einzelnen Statistiken. Da jede der Statistiken auf einen spezifischen Verwendungszweck hin zugeschnitten ist, werden Erhebungskonzepte, Erhebungsmethodik, Hochrechnung und Imputationsverfahren stets auf diesen Verwendungszweck hin angepasst. Jeder einzelne dieser Aspekte kann zu Abweichungen in den Ergebnissen führen:

- Häufig sind die erhobenen Merkmale nur ähnlich definiert, unterscheiden sich hinsichtlich der Abgrenzungen aber im Detail. So wurde beispielsweise für LEBEN IN EUROPA festgelegt, dass nur regelmäßige Unterhaltszahlungen anderer Haushalte in das Einkommen einbezogen werden, während die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auch einmalige Zahlungen berücksichtigt. Je nach Gegenstand

der Auswertungen können sich derartige konzeptionelle Abweichungen – teilweise erheblich – auf die Ergebnisse auswirken. Wichtige konzeptionelle Unterschiede können daneben etwa den Bezugszeitraum oder die Grundgesamtheit betreffen.

- Abweichungen zwischen unterschiedlichen Statistiken können ihre Ursache ebenfalls in unterschiedlichen Erhebungsverfahren haben. Während LEBEN IN EUROPA als schriftliche Befragung durchgeführt wird, kommen etwa beim Sozio-ökonomischen Panel Interviewer zum Einsatz. Beide Verfahren haben hinsichtlich der Angaben zu unterschiedlichen Merkmalen jeweils spezifische Vor- und Nachteile. Andere Datenquellen, wie zum Beispiel die Sozialhilfestatistik oder die Lohn- und Einkommensteuerstatistik, beruhen auf in Verwaltungsverfahren gewonnenen Daten und sind daher nur eingeschränkt mit den Ergebnissen von LEBEN IN EUROPA vergleichbar.
- Werden statistische Erhebungen, wie auch LEBEN IN EUROPA, als Stichprobe durchgeführt, so wird auch das Design von Stichprobe und Hochrechnungsverfahren auf den Verwendungszweck der Statistik zugeschnitten, also zum Beispiel auf die am meisten interessierenden Merkmale hin optimiert. Auch hierdurch können Abweichungen entstehen. Werden Haushalte – gegebenenfalls über einen längeren Zeitraum – wiederholt befragt, so hat auch dies Auswirkungen auf das Hochrechnungsverfahren und kann Abweichungen in den Ergebnissen erklären.
- Schließlich beeinflusst auch die Ausgestaltung der Verfahren zur Schätzung fehlender Einkommensangaben (Imputation) die Ergebnisse. Hierzu stehen sehr unterschiedliche Verfahren zu Verfügung. Bei LEBEN IN EUROPA erfolgte – auch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben – die Imputation mit einem sehr differenzierten und umfangreichen Verfahren, was die Statistik von anderen Datenquellen unterscheidet.

5.5 Weiterführende Informationen

- Körner, Thomas, Anja Nimmergut, Jens Nökel und Sandra Rohloff (2006): Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte. Die neue Auswahlgrundlage für freiwillige Haushaltserhebungen. In: *Wirtschaft und Statistik* 05/2006, S. 451-467.
- Körner, Thomas, Iris Meyer, Hartmut Minkel und Ulrike Timm (2005): *Leben in Europa – die neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen*. In: *Wirtschaft und Statistik*, 11/2005, S. 1137-1152.
- Meyer, Iris und Ulrike Timm (2003): *Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC): Ergebnisse der Testerhebungen*. In: *Wirtschaft und Statistik* 11/2003, S. 989-1001.

Tabelle A 1a: Aus LEBEN IN EUROPA 2005 berechnete Laeken-Indikatoren für die soziale Eingliederung ¹⁾

Anhang A

Primäre Indikatoren				
	Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers in %			
1	Nach Alter und Geschlecht	Insgesamt	Männer	Frauen
	Gesamt	13,1	11,7	14,3
	0-15 Jahre	13,4		
	16-24 Jahre	14,4	13,2	15,9
	25-49 Jahre	11,7	10,0	13,2
	50-64 Jahre	12,8	11,9	13,7
	65 Jahre und älter	14,9	12,0	17,6
1a	Nach Haushaltstyp			
	Einpersonenhaushalt	27,1		
	2 Erwachsene, keine Kinder	11,4		
	Andere Haushalte ohne Kinder	3,6		
	Alleinerziehend, zumindest ein Kind	30,1		
	2 Erwachsene, 1 Kind	9,8		
	2 Erwachsene, 2 Kinder	7,3		
	2 Erwachsene, 3 oder mehr Kinder	12,4		
	Andere Haushalte mit Kindern	7,8		
1b	Nach Erwerbsintensität (w) des Haushalts (w = durchschnittliche Anzahl der Monate in Erwerbstätigkeit in 2004 pro Person)			
	Haushalte ohne Kinder, w = 0	27,7		
	Haushalte ohne Kinder, 0 < w < 12	7,0		
	Haushalte ohne Kinder, w = 12	4,7		
	Haushalte mit Kindern, w = 0	58,2		
	Haushalte mit Kindern, 0 < w < 6	34,5		
	Haushalte mit Kindern, 6 ≤ w < 12	8,3		
	Haushalte mit Kindern, w = 12	4,8		
1c	Nach überwiegendem Erwerbsstatus			
	Beschäftigt	5,3	4,6	6,1
	Arbeitslos	42,6	41,6	43,5
	Im Ruhestand	14,0	12,1	15,9
	Andere Nichterwerbstätige	17,8	18,4	17,5
1d	Nach Rechtsverhältnis an der Wohnung			
	Eigentümer oder mietfrei	8,3		
	Mieter	20,3		
2	Armutsgefährdungsschwelle in Euro / Jahr zum Beispiel für:			
	Einpersonenhaushalt	10 274		
	2 Erwachsene, 2 Kinder	21 575		
3	Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anteilsverhältnis der Einkommensquintile S80/S20	4,1		
4	Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (60%-Median) Dieser Indikator wird erstmals 2007 berechnet		–	
5	Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke nach Alter und Geschlecht in %			
	Gesamt	20,2	20,6	19,9
	0-15 Jahre	17,5		
	16-64 Jahre	22,1	22,6	21,6
	65 Jahre und älter	17,7	19,0	16,9

Tabelle A 1b: Aus LEBEN IN EUROPA 2005 berechnete Laeken-Indikatoren für die soziale Eingliederung ¹⁾

Sekundäre Indikatoren				
13	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle in %	Insgesamt	Männer	Frauen
	40% des Medians	3,5		
	50% des Medians	7,7		
	70% des Medians	20,5		
14	Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle			
	Dieser Indikator wird ab 2006 berechnet		–	
15	Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers nach Alter und Geschlecht in %			
	Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen als Sozialtransfers			
	Gesamt	43,7	41,5	45,8
	0-15 Jahre	30,9		
	16-64 Jahre	33,0	29,6	36,2
	65 Jahre und älter	91,6	91,0	92,2
	Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen nicht als Sozialtransfers			
	Gesamt	23,7	22,3	25,0
	0-15 Jahre	29,9		
	16-64 Jahre	24,2	22,4	25,8
	65 Jahre und älter	16,9	14,3	19,4
16	Ungleichheit der Einkommensverteilung			
	Gini-Koeffizient	27,7		
17	Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (50%-Median)			
	Dieser Indikator wird erstmals 2007 berechnet		–	

1) Vorläufige Daten.

LEBEN IN EUROPA auf einen Blick

Anhang B

Was beschreibt LEBEN IN EUROPA?

LEBEN IN EUROPA ist die Bezeichnung der deutschen Befragung im Rahmen einer europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Themen der Befragung sind neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens, die sehr differenziert erfasst werden, weitere wichtige Lebensbereiche wie etwa die Wohnsituation oder die Gesundheit.

EU-SILC ist die neue Standardquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz.

LEBEN IN EUROPA wird seit 2005 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island durchgeführt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, werden EU-weit die gleichen Merkmale erhoben. Für die Erhebungsmethoden gelten verbindliche Mindeststandards.

Die Befragung wurde insbesondere auf die Berechnung vergleichbarer Indikatoren für die soziale Eingliederung (sogenannte Laeken-Indikatoren) zugeschnitten und ist damit eine wichtige Basis für die Europäische Sozialpolitik.

Wie wird LEBEN IN EUROPA erhoben?

Die Grundgesamtheit von LEBEN IN EUROPA sind Personen in privaten Haushalten in Deutschland am Hauptwohnsitz. Ausgenommen sind Personen in Anstaltshaushalten und Personen ohne festen Wohnsitz.

Die Stichprobe für die Erhebung muss als Zufallsauswahl gezogen werden. Auswahlgrundlage für LEBEN IN EUROPA bildet die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE). HAUSHALTE HEUTE ist eine Kooperation zwischen privaten Haushalten und der amtlichen Statistik. Grundlage von HAUSHALTE HEUTE ist der Mikrozensus, die größte Haushaltsbefragung in Deutschland. Die Teilnehmer des Mikrozensus werden nach Abschluss des letzten Mikrozensusinterviews gefragt, ob sie bereit sind, von Zeit zu Zeit auf freiwilliger Basis an Befragungen der amtlichen Statistik teilzunehmen. Da die Haushalte aus dem auf einer Zufallsauswahl beruhenden Mikrozensus angeworben werden, können Stichproben auf Basis von HAUSHALTE HEUTE als mehrstufige Zufallsauswahl betrachtet werden. In einer Übergangsphase bis 2007 wird ein Teil der Stichprobe über eine repräsentative Quotenauswahl gewonnen.

Für LEBEN IN EUROPA werden jedes Jahr in Deutschland gut 14 000 Haushalte befragt. Die Haushalte werden in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Befragung wird schriftlich durchgeführt, und zwar mit Hilfe eines Haushaltsfragebogens für die Erfassung von Haushaltsmerkmalen (zum Beispiel der Wohnung) und eines Personenfragebogens für jedes Haushaltsmitglied ab 16 Jahren. Der Personenfragebogen enthält unter anderem Fragen zur Erwerbssituation, zum persönlichen Einkommen und zur Gesundheit. Die Befragung der Haushalte erfolgt jeweils einmal pro Jahr, und zwar in der ersten Jahreshälfte. Die Durchführung der Feldarbeit und die Erfassung der Daten erfolgen dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder. Anschließend erfolgt im Statistischen Bundesamt die Datenaufbereitung für europäische Zwecke sowie die Veröffentlichung des Bundesergebnisses. Dazu gehört auch die Imputation von feh-

lenden Einkommensangaben, denn die EU-Standards sehen vor, dass fehlende Einkommensangaben nachträglich durch geeignete statistische Methoden zu ergänzen sind. Aus diesem Grund hat das Statistische Bundesamt ein Set von Imputationsverfahren entwickelt, mit dessen Hilfe fehlende Einkommensangaben durch geschätzte Angaben ersetzt werden.

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen unter anderem das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Wann werden die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA veröffentlicht?

Die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA 2005 werden erstmalig im Dezember 2006 im Rahmen eines Pressegesprächs veröffentlicht. Die Pressebroschüre sowie umfangreiches Tabellenmaterial stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse – Presseveranstaltungen“ zum kostenlosen Download bereit. Von 2007 an sollen jährliche Ergebnisveröffentlichungen in Form einer Fachserie bereitgestellt werden.

Die Armutsindikatoren, die aus LEBEN IN EUROPA berechnet werden, werden im Rahmen der regelmäßigen Frühjahrsberichte der Europäischen Kommission der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Armutsindikatoren aller EU-Mitgliedstaaten in der Online-Datenbank von Eurostat, dem Statistischen Amt der europäischen Gemeinschaften, veröffentlicht, und können dort kostenlos heruntergeladen werden (<http://www.eds-destatis.de>). Anders als in dieser Veröffentlichung werden die Indikatoren bei Eurostat jeweils unter dem Erhebungsjahr (hier: 2005) und nicht unter dem Einkommensbezugsjahr (hier: 2004) dargestellt.

Bis zur Veröffentlichung der Daten durch Eurostat sind die Ergebnisse in nationalen Veröffentlichungen als vorläufige Daten zu verstehen.

Wie genau sind die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA?

Die Erhebung ist so gestaltet worden, dass mögliche Fehler minimiert und kontrolliert werden können. Dennoch sind Stichprobenstatistiken grundsätzlich immer mit einem Unschärfbereich behaftet, auch wenn sie mit der größten Gründlichkeit durchgeführt werden. Bei jeder statistischen Messung treten stichprobenbedingte und nichtstichprobenbedingte Fehler (zum Beispiel Messfehler) auf, die zwar begrenzt, aber nicht völlig vermieden werden können.

Aufgrund der Zahl der im Rahmen von LEBEN IN EUROPA befragten Haushalte und der Vielzahl der bei der Aufbereitung durchgeführten Plausibilitätskontrollen weisen die aus LEBEN IN EUROPA gewonnenen Ergebnisse zumindest für größere Bevölkerungsgruppen ein hinreichendes Maß an Genauigkeit und Verlässlichkeit auf. Bei kleineren Teilpopulationen weisen die Ergebnisse im Vergleich dazu eine größere Unschärfe auf. Durch die per Zufallsziehung aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte beziehungsweise per Quotenplan gewonnene Stichprobe und die Hochrechnung der ermittelten Ergebnisse am jeweils aktuellen Mikrozensus ist sichergestellt, dass repräsentative Ergebnisse zumindest für größere Bevölkerungsgruppen gewonnen werden. Eine Abschätzung des Stichprobenzufallsfehlers für die Hauptindikatoren findet sich in dem im Internet zur Verfügung stehenden Tabellenanhang.

Weiterführende Informationen

Telefon: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 46 08

E-Mail: ulrike.timm@destatis.de

Internet: <http://www.destatis.de/lebenineuropa>
<http://www.destatis.de/shop> (Statistik-Shop: Schnellsuche,
Stichwort „Leben in Europa“)
<http://www.eds-destatis.de> (Link zur Online-Datenbank von Eurostat)

GLOSSAR

Anhang C

Äquivalenzeinkommen

Äquivalenzeinkommen werden vor allem für die Analyse von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armutsgefährdung verwendet. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine fiktive Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben.

Mit Hilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet. Dabei wird nicht die Zahl der Köpfe zugrunde gelegt, sondern eine „bedarfsgewichtete“ Anzahl, die mit Ausnahme von Einpersonenhaushalten stets niedriger ist als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt. Bei LEBEN IN EUROPA wird als Äquivalenzskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

Grund dafür ist, dass in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). Unter der Annahme, dass sämtliche Einkommen unter allen Haushaltsmitgliedern gleichmäßig geteilt werden, werden die Einkommen des gesamten Haushalts addiert und anschließend nach Haushaltsgröße gewichtet den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugerechnet, wobei jedes Haushaltsmitglied dasselbe Äquivalenzeinkommen zugewiesen bekommt.

Armut / Armutsgefährdung

Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, werden in Deutschland und der EU meist „relative Armut“ beziehungsweise Armutsgefährdung betrachtet. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze unterschreitet.

In den EU-Mitgliedstaaten gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) beträgt.

Armutsgefährdungsgrenze

Der Betrag des bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten liegt diese bei 60% des Medians des bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens. Liegt das bedarfsgewichtete Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert, wird Armutsgefährdung angenommen.

Der Betrag für diese Schwelle liegt 2004 bei 10 274 Euro jährlich für eine Person, das entspricht 856 EUR monatlich.

Armutsgefährdungsquote

Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung definiert als Anteil der Personen, die unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen, an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

Erwerbsstatus

Die Zuweisung des Erwerbsstatus erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten in Bezug auf das Einkommensreferenzjahr 2004. Die Befragten wurden gebeten, für jeden Monat des Jahres 2004 ihren im jeweiligen Monat überwiegenden Erwerbsstatus anzugeben.

Vollzeit Erwerbstätige: Eine Person gilt als Vollzeit erwerbstätig, wenn sie (nach Selbsteinschätzung) im Einkommensreferenzjahr (2004) mehr als sechs Monate vollzeiterwerbstätig oder in Altersteilzeit war. Dazu zählt auch die betriebliche Berufsausbildung.

Teilzeit Erwerbstätige: Eine Person gilt als erwerbstätig, wenn sie (nach Selbsteinschätzung) im Einkommensreferenzjahr (2004) mehr als sechs Monate in Teilzeit erwerbstätig war. Dazu zählt auch die betriebliche Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird.

Arbeitslose: Eine Person gilt als arbeitslos, wenn sie (nach Selbsteinschätzung) im Einkommensreferenzjahr (2004) mehr als sechs Monate arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet war.

Ruhestand: Eine Person gilt als im Ruhestand, wenn sie (nach Selbsteinschätzung) im Einkommensreferenzjahr (2004) mehr als sechs Monate Rentner/in oder Pensionär/in war.

Sonstige nicht Erwerbstätige: Eine Person gilt als sonstige nichterwerbstätige Person, wenn sie (nach Selbsteinschätzung) im Einkommensreferenzjahr (2004) mehr als sechs Monate in Ausbildung (Schule, Studium), als Hausfrau/-mann tätig oder aus anderen Gründen weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet war.

Haushaltstypen

Kinder: Alle unter 16-Jährigen werden in jedem Fall als Kinder definiert. Weiterhin gelten Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren als Kinder, wenn sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind.

Erwachsene: Alle Personen, die älter als 24 Jahre sind, gelten als Erwachsene. Weiterhin gelten Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren als Erwachsene, wenn sie nicht mehr bei ihren Eltern leben oder wenn sie zwar bei den Eltern leben, aber bereits selbst erwerbstätig oder arbeitssuchend sind.

Median

Der Median (Zentralwert) ist der Wert einer Verteilung, der bei aufsteigender Sortierung aller Einheiten (zum Beispiel Sortierung aller Personen nach ihrem Einkommen) derjenigen Einheit entspricht, die genau in der Mitte liegt. Das heißt, der Median markiert den Wert, an dem eine Hälfte der Population darüber, die andere darunter liegt.

Private Haushalte

Für LEBEN IN EUROPA wurden private Haushalte am Hauptwohnsitz befragt. Personen die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten (Wohnheim, Altersheim, Gefängnis etc.) leben, werden nicht befragt. Ein privater Haushalt besteht aus einer allein lebenden Person oder mehreren Personen, die zusammen wohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend sind oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind.

Soziale Ausgrenzung

Das Konzept von sozialer Ausgrenzung ist vielschichtig und geht weit über die reine Benachteiligung aus finanziellen Gründen hinaus. Soziale Ausgrenzung ist vielmehr ein Ausschluss von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten (zum Beispiel erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Isolation) oder allgemeiner: Ein Ausschluss aus einer Mehrzahl unterschiedlicher, für die Lebensführung relevanter Funktionsbereiche.

S80/S20-Quintilabstand

Indikator, der zum Vergleich der Ungleichheit der Einkommensverteilung verwendet wird. Der S80/S20-Quintilabstand ist der Quotient aus der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Fünftels (Quintil) der Einkommensverteilung und der Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Fünftels der Einkommensverteilung. Der S80/S20-Quintilabstand besagt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist.

Transferleistungen

Unter Transferleistungen werden alle öffentlichen Zahlungen aus Steuern und Sozialversicherungssystemen verstanden. Dazu zählen: Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe, Familienleistungen wie Kindergeld und Erziehungsgeld, Altersruhegelder wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und Pensionen, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten, Pflegegeld, Wohngeld etc. Im Rahmen von LEBEN IN EUROPA werden ferner Betriebsrenten als Transferzahlungen angesehen, sofern diese umlagefinanziert sowie tarifvertraglich verpflichtend sind.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen eines Haushalts ist die Summe aller Einkommenskomponenten aller Haushaltsmitglieder abzüglich sämtlicher Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Nicht zum Einkommen zählen im Rahmen von LEBEN IN EUROPA gemäß den EU-Vorgaben beispielsweise Geldgeschenke, Erbschaften sowie Entnahmen aus dem angesparten Vermögen (Vermögensverzehr).

Unser Presseservice für SIE !

Die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes bietet einen umfassenden Service für Journalisten rund um die amtliche Statistik. Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!

Tagesaktuelle Pressedienste

Die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht die neuesten statistischen Ergebnisse in jährlich ca. 550 Pressemitteilungen.

Sie können unsere Presseinformationen beziehen

- per Internet:
Über die Anschrift „<http://www.destatis.de>“ erreichen Sie die Homepage des Statistischen Bundesamtes. Von dort gelangen Sie zu den Pressediensten mit dem Link „Presse“. Die Pressemitteilungen werden in einer deutschen und einer englischen Version für Sie zum sofortigen Abruf zur Verfügung gestellt. Jeden Freitag wird eine Vorschau der wichtigsten Pressemitteilungen der kommenden Woche veröffentlicht.
- und per E-Mail:
In unserem Internetangebot haben Sie über den Link „E-Mail-Presserverteiler“ die Möglichkeit, sich unter Angabe Ihrer E-Mail-Adresse selbst in unseren E-Mail-Verteiler einzutragen. Als besonderen Service bieten wir Ihnen dort – neben der allgemein üblichen Zusendung aller Pressemitteilungen – auch die Möglichkeit, nur die Meldungen zu den Themen zu beziehen, die Sie für Ihre journalistische Arbeit benötigen.

„Zahl der Woche“

Jeden Dienstag geben wir besonders bemerkenswerte und eine breite Öffentlichkeit interessierende Daten schlaglichtartig in unserer „Zahl der Woche“ bekannt. Auch diesen Pressedienst können Sie bei uns kostenfrei abonnieren.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Unsere Postadresse lautet: **Statistisches Bundesamt, Pressestelle, 65180 Wiesbaden**. Für telefonische Anfragen erreichen Sie uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr unter der Rufnummer **(0611) 75 34 44**, die Faxverbindung lautet **(0611) 75 39 76** und die E-Mail-Anschrift ist **„presse@destatis.de“**. Ihre Anfragen werden von uns – mediengerecht aufbereitet – schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet.

Interviews

Für Interviews vermitteln wir Ihnen schnellstmöglich sachkundige Gesprächspartner aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik. Bitte rufen Sie uns an: (0611) 75 34 44.

Pressekonferenzen und Pressegespräche

Mehrmals jährlich führen wir Pressekonferenzen und -gespräche zu wichtigen Themen der amtlichen Statistik durch. Informationen zu allen Presseveranstaltungen sowie die entsprechenden Presseunterlagen können Sie über das Internet abrufen.

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!